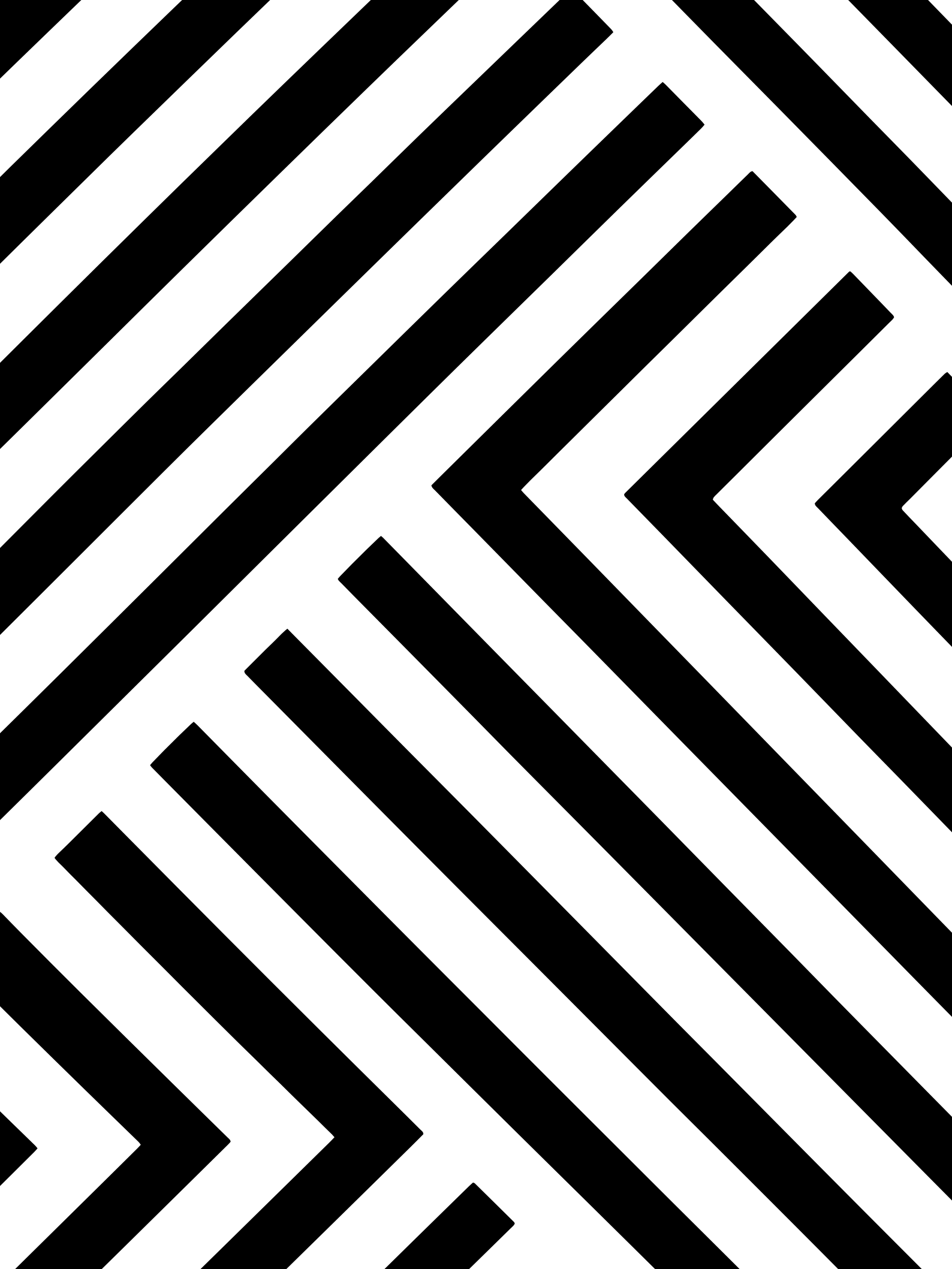


JAHRESBERICHT 2022

IM FOKUS →
Zeit
WENDE

ZEW





ZEW JAHRESBERICHT 2022

→ ZEITENWENDE IM FOKUS.

IM FOKUS →

Zeit ZEW

04 — VORWORT

06 — MISSION

07 — ÜBER UNS

08 — ORGANIGRAMM

09 — GREMIEN

10 — ZAHLEN & FAKTEN

12 — PERSONAL & FINANZEN

14 — MENSCHEN AM ZEW

Dier.



DOSSIER ZEITENWENDE

24 — INTERVIEW ZUM THEMA

30 — A → ENERGIE

33 — B → MIGRATION

36 — C → INSTITUTIONEN

40 — INFOGRAFIK



Forschung und

FORSCHUNG UND BERATUNG

42 — ZEW-FORSCHUNGS-
EINHEITEN

98 — KLIMA MUSS
SICH LOHNEN

» DER BEGRIFF ZEITENWENDE
WIRFT GRUNDLEGENDE FRAGEN
FÜR GESELLSCHAFT UND
WIRTSCHAFT
AUF.



THOMAS KOHL
Kaufmännischer
Direktor

PROF. ACHIM WAMBACH,
PHD
Präsident

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat unser Grundverständnis des Zusammenlebens in Europa in Sicherheit, Frieden und Freiheit erschüttert. Dazu kam das Bewusstwerden einer ungunstigen Abhängigkeit Deutschlands von Drittstaaten, als im Frühjahr letzten Jahres massiv steigende Energie- und Rohstoffpreise, hohe Inflation sowie Lieferengpässe die Wirtschaft belasteten. Bundeskanzler Olaf Scholz spricht von einer Zeitenwende: Die Welt danach sei nicht mehr dieselbe wie davor. Dies wirft grundlegende Fragen für Wirtschaft und Gesellschaft auf: Wie kann Europa als wirtschaftspolitischer Akteur gestärkt werden und seine Werte durchsetzen? Inwiefern bietet die klimaneutrale Transformation eine Chance, Europa unabhängiger und stärker zu machen? Welche Folgen hat die kriegsbedingte Migration für den europäischen Arbeitsmarkt? Unter anderem mit diesen Themen setzen wir uns am ZEW auseinander und bringen konkrete Handlungsempfehlungen in die öffentliche Debatte ein. Wie, das können Sie in unserem Schwerpunkt zum Thema „Zeitenwende“ nachlesen.

Im Jahr 2022 sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Corona-bedingten Home-office ans Institut zurückgekehrt. Und endlich konnten wir auch Persönlichkeiten wie Baden-Württembergs Finanzminister Dr. Danyal Bayaz, Sachverständigenratsvorsitzende Prof. Dr. Dr. h. c. Monika Schnitzer oder Lufthansa-Chef Carsten Spohr wieder persönlich im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW begrüßen. Besonders erfreulich war die Wiederaufnahme unseres Alumni-Tags am ZEW nach Jahren der Pandemie. Gleichzeitig war 2022 geprägt von intensiven Vorbereitungen auf die bevorstehende Evaluation durch die Leibniz-Gemeinschaft 2023.

Auch aus wissenschaftlich-strategischer Sicht gibt es Erfolgreiches zu berichten: Mit der Etablierung der Forschungsgruppe „Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik“ erweitert das ZEW sein Profil um ein hochrelevantes Feld. Außerdem konnten wir mit Prof. Dr. Nicolas Ziebarth einen international renommierten Wissenschaftler von der Cornell University als neuen Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen“ gewinnen.

Die wirtschaftspolitische Expertise des ZEW war auch 2022 auf Bundesebene wieder gefragt. Allen voran waren ausgewiesene Wissenschaftlerinnen des Instituts in hochrangigen Gremien aktiv: Prof. Dr. Irene Bertschek wurde von Bundeskanzler Scholz in dessen „Zukunftsrat“ berufen. Daneben ist sie seit längerem Mitglied der „Expertenkommission Forschung und Innovation“ (EFI), deren stellvertretenden Vorsitz sie letztes Jahr übernommen hat. Prof. Dr. Melanie Arntz ist seit 2022 Mitglied im „Rat der Arbeitswelt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Schließlich berät Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen die Bundesregierung und das Bundesministerium der Finanzen als Sachverständige in der Fokusgruppe private Altersvorsorge.

WIR WÜNSCHEN EINE ANREGENDE LEKTÜRE !



IHR ACHIM WAMBACH



IHR THOMAS KOHL

MISSION.

MIT SEINER
ARBEIT
VERFOLGT
DAS ZEW

2

ZENTRALE
ZIELE

- POLITIKRELEVANTE
FORSCHUNG
- WISSENSCHAFTLICH
FUNDIERTE
POLITIKBERATUNG

Unabhängige und fundierte Wirtschaftsforschung mit Politikrelevanz – dafür steht das ZEW. Die Themen des Instituts bewegen sich nah am Zeitgeschehen. Politik- und gesellschaftsrelevante Fragen wie Digitalisierung, europäische Integration, Energiewende und der aktuelle Ukraine-Krieg prägen als übergreifende Themen die Forschungsagenda. Das ZEW berät politische Entscheiderinnen und Entscheider an den zentralen Schaltstellen unter anderem in diesen Feldern und bringt sich aktiv in die öffentliche Debatte ein.

ÜBER UNS.

Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gehört zu den führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten mit europäischer Reichweite und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Unser Anspruch ist es, Wissenschaft zum Nutzen der Gesellschaft zu betreiben. Der Fokus unserer Forschung liegt daher auf anwendungsbezogenen Fragestellungen. Übergreifender Forschungsleitgedanke ist die Analyse und das Design funktionstüchtiger Märkte und Institutionen in Europa. Konkret befasst sich die Forschung des ZEW damit, wie die Rahmenbedingungen von Marktprozessen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen.

Die evidenzbasierte Politikberatung ist ein weiteres Ziel des ZEW. Dabei erlauben es die Größe des Instituts und das breite inhaltliche Spektrum unserer Forschungseinheiten, umfangreiche und komplexe wirtschaftspolitische Beratungsaufträge zu bearbeiten.

Unter der Leitung des Präsidenten Prof. Achim Wambach, PhD und des kaufmännischen Direktors Thomas Kohl arbeiten am ZEW derzeit rund 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in neun Forschungseinheiten, vier Nachwuchsforschungsgruppen und zwei Servicebereichen.



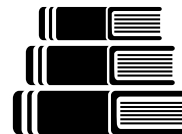
188

MITARBEITER/
INNEN



9

FORSCHUNGS-
EINHEITEN



4

NACHWUCHS-
FORSCHUNGSGRUPPEN



2

SERVICE-
EINHEITEN

ORGANIGRAMM.

INSTITUTSLEITUNG

PROF. ACHIM WAMBACH, PHD
Präsident

THOMAS KOHL
Kaufmännischer Direktor

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Vorsitzender: PROF. DR. KAI A. KONRAD
Stellvertretung: PROF. DR. NADINE RIEDEL

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender: DR. HANS REITER
Stellvertretung: DR. RALF KRIEGER

STABSSTELLE

FORSCHUNGSEINHEITEN

ALTERSVORSORGE UND
NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE
PROF. DR. TABEA BUCHER-KOENEN

ARBEITSMÄRKTE UND
SOZIALVERSICHERUNGEN
PROF. DR. NICOLAS ZIEBARTH

DIGITALE ÖKONOMIE
PROF. DR. IRENE BERTSCHEK

INNOVATIONSÖKONOMIK UND
UNTERNEHMENS DYNAMIK
PROF. DR. HANNA HOTTENROTT
(ab 01.04.2023)
DR. GEORG LICHT (bis 30.06.2023)

MARKTDESIGN
PROF. DR. VITALI GRETSCHKO

UMWELT- UND
KLIMAÖKONOMIK
PROF. DR. SEBASTIAN RAUSCH

UNTERNEHMENSBESTEuerung UND
ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT
PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN

Forschungsgruppe
GESUNDHEITSMÄRKTE UND
GESUNDHEITSPOLITIK
DR. SIMON REIF

Forschungsgruppe
UNGLEICHHEIT UND
VERTEILUNGSPOLITIK
PROF. DR. HOLGER STICHNOTH

SERVICEEINHEITEN

KOMMUNIKATION
DR. FRANK HERKENHOFF

ZENTRALE DIENSTLEISTUNGEN
DORIS BRETTAR (bis 31.07.2023)
DANIEL SCHEUERMANN
(ab 01.05.2023)

STAND: MAI 2023

ZEW FÖRDERKREIS
Wissenschaft und Praxis

MaCCI
MANNHEIM CENTRE
FOR COMPETITION
AND INNOVATION

MANNHEIM
TAXATION
Leibniz WissenschaftsCampus

ZEW | FDZ
ForschungsDatenZentrum

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

DR. HANS REITER

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Baden-Württemberg

Stellvertretender Vorsitzender

DR. RALF KRIEGER

Freudenberg SE

DR. ELGA BARTSCH

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

HEIKO ENGLING

Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

DR. NATALIA JAEKEL

Staatsministerium des Landes
Baden-Württemberg

MICHAEL KLEINER

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg

PROF. DR. INGRID OTT

KIT – Karlsruher Institut für Technologie

DR. INES PLOSS

Heidelberg Materials AG

PROF. DR. THOMAS PUHL

Universität Mannheim

DR. ALBRECHT SCHÜTTE

MdL Baden-Württemberg

PROF. DR. PETER WINKER

Universität Gießen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Vorsitzender

PROF. DR. KAI A. KONRAD

Max-Planck-Institut für Steuerrecht und
Öffentliche Finanzen, München

Stellvertretende Vorsitzende

PROF. DR. NADINE RIEDEL

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

PROF. DR. DR. H.C. USCHI BACKES-GELLNER

Universität Zürich, CH

PROF. DR. OTTMAR EDENHOFER

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

PROF. DR. CHRISTOPH ENGEL

Max-Planck-Institut zur Erforschung von
Gemeinschaftsgütern, Bonn

PROF. BERND FITZENBERGER, PHD

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der
Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

PROF. DIETMAR HARHOFF, PHD

Max-Planck-Institut für Innovation und
Wettbewerb, München

PROF. PIERRE A. MOHNEN, PHD

UNU-MERIT, Maastricht University, NL

PROF. DR. AXEL OCKENFELS

Universität zu Köln

PROF. JÖRG ROCHOLL, PHD

European School of Management and Technology
(ESMT) Berlin

PROF. DR. BETTINA ROCKENBACH

Universität zu Köln

PROF. DR. ISABEL SCHNABEL

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

PROF. DR. MONIKA SCHNITZER

Ludwig-Maximilians-Universität München

STAND: MAI 2023

444

VORTRÄGE AUF KONFERENZEN

238

REFeree-REPORTS

166

FORSCHUNGSPROJEKTE

75

PUBLIKATIONEN
IN PEER-REVIEWED
JOURNALS

61

LEHRTÄTIGKEITEN

49

KONFERENZEN/
WORKSHOPS

13

PREISE/
AUSZEICHNUNGEN



2022 IN ZAHLEN

FORSCHUNGSPROJEKTE UND POLITIKBERATUNG



DRITTMITTEL 2022

NACH AUFTRAG-/ZUWENDUNGSGEBER

188

MITARBEITER/INNEN GESAMT

46,8%

MITARBEITERINNEN

PERSONAL.

116

WISSENSCHAFTLERINNEN
UND WISSENSCHAFTLER

72

STUDENTISCHE
HILFSKRÄFTE

34,99

JAHRE SIND
WISSENSCHAFTLER/INNEN
AM ZEW Ø ALT

39

WISSENSCHAFTLICHE
MITARBEITER/INNEN SIND
IN TEILZEIT BESCHÄFTIGT

37*

PRAKTIKANTEN/
-INNEN

7,37

JAHRE Ø ZUGEHÖRIGKEITS-
DAUER DES WISS.
PERSONALBESTANDS

21

WISSENSCHAFTLICHE
MITARBEITER/INNEN SIND
INTERNAT. HERKUNFT

1

AUSZUBILDENDE/
VOLONTÄRE

9*

PROMOTIONEN



STAND: DEZ 2022

* KUMULIERT FÜR 2022

STAND: MAI 2023

ZEW – GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2021	2022*
Institutionelle Förderung	12.073	12.274
Wettbewerbsabgabe	349	350
Drittmittel (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Erträge aus Zuschüssen)	7.896	6.675
Sonstige betriebliche Erträge	174	212
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	13
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	645	653
SUMME ERTRÄGE	21.148	20.177
Personalaufwand	14.799	13.977
Bezogene Leistungen	1.339	1.175
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.310	4.754
Abschreibungen auf Anlagevermögen	631	642
Zuweisungen zu den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	411	237
negatives Finanzergebnis	31	24
Steuern	1	0
SUMME AUFWENDUNGEN	21.522	20.809
JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG	-374	-632
Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen	561	688
BILANZGEWINN	187	56

ZEW – BILANZ PER 31.12.2022*

AKTIVA	2021	2022*	PASSIVA	2021	2022*
Immaterielle Vermögensgegenstände	373	303	Gezeichnetes Kapital	26	26
Geleistete Anzahlungen	0	0	Zweckgebundene Rücklagen	3.194	2.692
Grundstücke und Bauten	7.724	7.496	Andere Gewinnrücklagen	2.169	2.169
Betriebs- und Geschäftsausstattung	598	491	Bilanzgewinn	187	56
ANLAGEVERMÖGEN	8.695	8.290	EIGENKAPITAL	5.576	4.943
Vorräte	4.691	3.090	SONDERPOSTEN	3.779	4.015
Forderungen/sonstiges Vermögen	1.141	696	Rückstellungen	2.481	2.180
Guthaben bei Kreditinstituten	6.449	5.589	Erhaltene Anzahlungen	4.967	3.323
UMLAUFVERMÖGEN	12.281	9.375	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.751	2.109
RECHNUNGS-ABGRENZUNGSPOSTEN	401	550	Sonstige Verbindlichkeiten	1.823	1.645
GESAMTVERMÖGEN	21.377	18.215	FREMDKAPITAL	12.022	9.257
			GESAMTKAPITAL	21.377	18.215

* vorläufige Werte in Tsd. EUR

» DAS ZEW WÄRE NICHT
DAS ZEW OHNE SEINE
ALUMNI UND
ALUMNAE.



KATHARINA KOBER

Referentin für Internationales
und Öffentlichkeitsarbeit
im Bereich „Kommunikation“,
Koordinatorin des Alumninetzwerks

DR. BODO ARETZ

Analyst Global Energy Markets, BASF SE
Alumnus und ehemaliger Doktorand
am ZEW (2008 bis 2013)

ZEW ALUMNI.

EIN DICHTES NETZWERK RUND UM DIE WELT.

» Unser Netzwerk zählt fast 600 Mitglieder. Viele Ehemalige haben nach ihrer Zeit am ZEW spannende Karrierewege in Wissenschaft, Wirtschaft oder dem öffentlichen Sektor eingeschlagen und arbeiten heute in verantwortungsvollen Positionen – und das weltweit.

So birgt unser Netzwerk einen wahren Schatz an Erfahrungen und Kontakten, den wir pflegen und für das Institut nutzen – sei es über die Kooperation in Projekten, die Ernennung von Ehemaligen zu ZEW Research Associates oder deren Einbindung als Ratgeber und Multiplikatoren. Auch möchten wir unsere Alumni zukünftig noch stärker in die berufliche Orientierung und Qualifizierung der ZEW-Nachwuchswissenschaftler/innen einbinden.

Im September 2022 haben wir mit einem Alumni-Tag am ZEW einen weiteren Schritt in diese Richtung getan. In entspannter Atmosphäre kamen über 60 ehemalige mit aktiven ZEWlern/-innen zusammen und haben den Tag zum intensiven Austausch genutzt. Das Feedback war durchweg positiv. In der 2022 gelaunchten LinkedIn-Gruppe L7,1 bieten wir früheren und aktuellen Mitarbeitern/-innen ein Dialogforum. Im Mittelpunkt stehen Neuigkeiten über die Mitglieder und aus dem ZEW sowie unterhaltsame Inhalte. Dass wir bereits nach wenigen Wochen die 170-Mitglieder-Marke geknackt hatten, Tendenz weiter steigend, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.



WERDEN SIE MITGLIED
IN UNSERER LINKEDIN-
ALUMNIGRUPPE L7,1

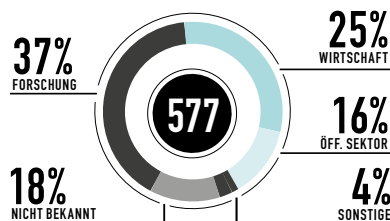


SAVE THE DATE

ALUMNI-TREFFEN
16. JUNI 2023

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.ZEW.DE/VA4102

WO ARBEITEN UNSERE ALUMNI UND ALUMNAE?



» IM FOKUS STEHT, SICH DER EIGENEN
ZIELE, STÄRKEN UND SCHWÄCHEN
BEWUSST ZU WERDEN.



PAUL BERBÉE

Doktorandensprecher,
Wissenschaftler im Bereich
„Arbeitsmärkte und
Sozialversicherungen“

BARBARA HEY

Trainerin und systemischer
Coach im Bereich „Seminare
und Interne Qualifizierung“

CAROLINE KNEBEL

Doktorandensprecherin,
Wissenschaftlerin im Bereich
„Altersvorsorge und nachhaltige
Finanzmärkte“

MENTAL HEALTH.

RESILIENZ FÜR PROMOVIERENDE.

» Eine Promotion ist die einmalige Chance, sich intensiv und über einen langen Zeitraum mit einem Forschungsthema auseinanderzusetzen. Gleichzeitig stellt so eine Arbeit auch eine große Herausforderung dar: Sie verläuft selten geradlinig und bringt Promovierende oft an ihre Grenzen. Neben Erfolgserlebnissen gibt es für viele im Promotionsalltag auch Phasen der Selbstzweifel, Einsamkeit und Überforderung. Um dem positiv entgegenzusteuern, haben wir gemeinsam den Kurs ‚Resilienz-Strategien für Promovierende‘ entwickelt. Er stellt in fünf Workshops die wichtigsten Aspekte zum Thema Resilienz vor. Ziel ist es, den Promovierenden zu helfen, sich der eigenen Ziele, Motivation, Stärken und Schwächen bewusst zu werden, Ressourcen zu aktivieren, das Selbstmanagement zu optimieren und den eigenen Werkzeugkasten mit geeigneten Instrumenten auszustatten, um auf Probleme und Rückschläge vorbereitet zu sein. Vor allem der moderierte Austausch – untereinander sowie mit erfahrenen Professorinnen und Professoren – und aktuelle Erkenntnisse aus den Neurowissenschaften machen diesen Kurs besonders.

Die erste Kursreihe am ZEW erhielt viel positives Feedback und war ein voller Erfolg. Denn: Unser Angebot geht auf die ganz spezifischen Bedürfnisse von Promovierenden ein und stellt so eine wertvolle Ergänzung zu anderen Kursangeboten am ZEW dar. Der Resilienzkurs wird auch 2023 wieder angeboten.



ÜBER DEN KURS

RESILIENZ-STRATEGIEN FÜR PROMOVIERENDE

5 ENGLISCHSPRACHIGE WORKSHOPS ZU DEN THEMEN:

- SELBSTWAHRNEHMUNG
- SELBSTVERTRAUEN
- SELBSTWIRKSAMKEIT
- SOZIALE UNTERSTÜTZUNG UND NETZWERKE
- GRUNDLAGEN DER KOMMUNIKATIONSPSYCHOLOGIE

» WIR BETREIBEN AKTIV EINE OPEN- SCIENCE- STRATEGIE.



MARKUS KOTTE
Mitarbeiter im Team
„Strategy & Change“

LEILI ERFANIAN
Referentin für Informations-
und Wissensmanagement
„Zentrale Dienstleistungen“

ZUKUNFT IST UNSERE NORMALITÄT.

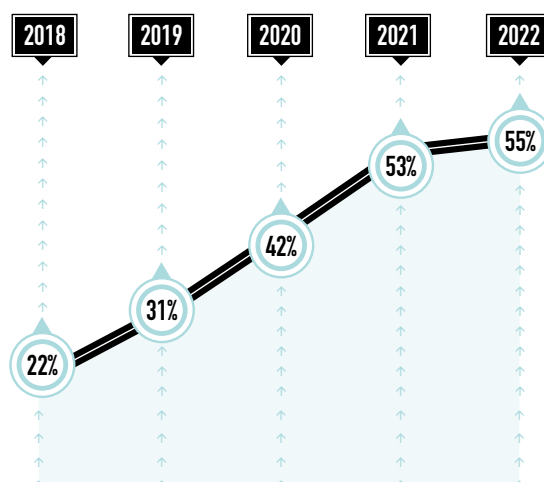
INFORMATIONEN- UND WISSENSCHAFTSMANAGEMENT.

» Für unser Institut ist zentral, dass alle Menschen an jedem Ort unbeschränkt und kostenlos Zugang zu wissenschaftlicher Information haben. Das klingt banal, ist im Wissenschaftsalltag aber nicht selbstverständlich. Daher betreiben wir aktiv eine Open-Science-Strategie. Mit dieser setzen wir uns für mehr Transparenz und Offenheit in der Wirtschaftsforschung ein. Mit Erfolg: Im Jahr 2022 wurden mehr als die Hälfte der hochrangigen ZEW-Publikationen als Open Access veröffentlicht. Zudem stellen wir eigene Mittel bereit, damit Artikel frei publiziert werden können.

Des Weiteren haben wir mit VIVO vor kurzem ein modernes digitales Forschungsinformationssystem eingeführt, das die Erfassung unserer wissenschaftlichen Aktivitäten einfacher macht. Die ZEWlerinnen und ZEWler können dort nun z. B. ihre Publikationen oder Projekte zentral eingeben. Das macht VIVO zu einer praktischen Informationsquelle, denn so ist der aktuelle wie auch der historische Forschungsoutput des Instituts stets in übersichtlicher Form einsehbar.

Mit dieser Kombination aus zukunftsweisenden Technologien und vorausschauenden Strategien tragen wir dazu bei, die ZEW-interne Kommunikation zu optimieren sowie den demokratischen Charakter der Wissenschaft nachhaltig zu fördern.

OPEN-ACCESS-ANTEIL DER REFERIERTEN ARTIKEL AM ZEW



» DER HUB BÜNDELT DIE EXPERTISE ALLER ZEW-FORSCHUNGSEINHEITEN.

A photograph of three people standing against a grey background. On the left is a man with glasses and a green t-shirt, with his arms crossed. In the middle is another man in a green polo shirt, also with his arms crossed. On the right is a woman with blonde hair in a green long-sleeved shirt, with her arms crossed. They are all smiling at the camera.

**PROF. DR.
MARTIN KESTERNICH**

stellvertretender Leiter des Bereichs
„Umwelt- und Klimaökonomik“
(bis 31.03.2023)

**PROF. DR.
ADRIAN HILLENBRAND**

Wissenschaftler im Bereich
„Marktdesign“

**DR. MADELINE
WERTHSCHULTE**

Wissenschaftlerin im Bereich
„Umwelt- und Klimaökonomik“

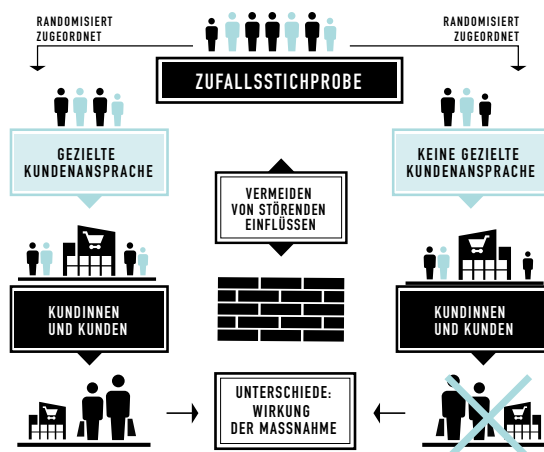
EFFEKTIVE MASSNAHMEN ENTWICKELN.

ZEW HUB FÜR FELDEXPERIMENTE.

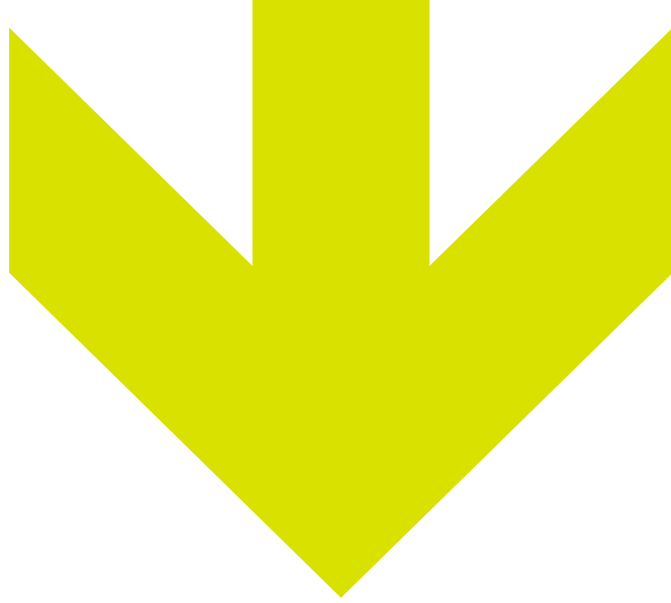
» Kriege, Pandemien, Inflation. Gerade in Krisenzeiten sind Unternehmen und Institutionen gefordert, innovative und zielgerichtete Lösungen zu finden. Hier setzt der neue ZEW Hub an: Er bietet Unternehmen die Möglichkeit, ihre Prozesse mithilfe von Feldexperimenten zu optimieren. Beruhend auf der wissenschaftsbasierten Beratungskompetenz des ZEW können sie so passgenaue und effektive Maßnahmen entwickeln, systematisch testen, vergleichen und schließlich umsetzen. Welche Form der Kundenansprache ist am geeignetsten, um ein bestimmtes Produkt zu verkaufen? Erhöhen Bonuszahlungen die Mitarbeiterzufriedenheit? Führen Energieeffizienzmaßnahmen tatsächlich zu Stromeinsparungen? Anwendungsmöglichkeiten sind zahlreich und ziehen sich durch alle Unternehmensbereiche und -ebenen.

Der Hub bündelt die Expertise des ZEW über alle Forschungseinheiten hinweg. In Feedbackgesprächen und mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern tauschen wir uns regelmäßig zu aktuellen Themen aus. Auch der wissenschaftliche Nachwuchs profitiert: Der Hub bietet eine Infrastruktur, die es insbesondere jungen Forschenden ermöglicht, Feldexperimente durchzuführen.

WIE FELDEXPERIMENTE KAUSALE RÜCKSCHLÜSSE ERMÖGLICHEN AM BEISPIEL VON UNTERSCHIEDLICHER KUNDENANSPRACHE







os2
Dier
.

ZEITEN WENDE

IM SPIEGEL DER WIRTSCHAFT
UND WISSENSCHAFT.





INTERVIEW

mit Dr. Ralph Rheinboldt, Vorstandsmitglied der Fuchs Petrolub SE und Vorstandsvorsitzender des ZEW-Förderkreises, und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD

Thema Energieversorgung in Deutschland: Geht die öffentliche Debatte darüber in die richtige Richtung? Und was sagt die Wissenschaft zu der Debatte?

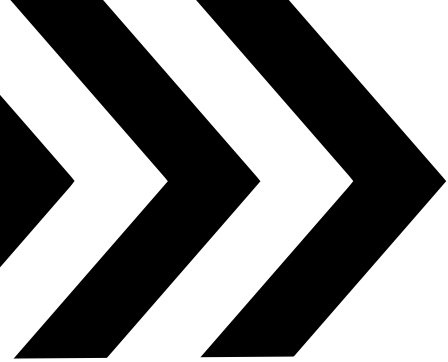
→ **Rheinboldt:** Aus meiner Sicht müssen wir über die Versorgungssicherheit sprechen, aber auch über die Energiepreise; man muss beides gemeinsam betrachten. Mit Blick auf den Industriestandort Deutschland geht es auch stark um seine Zukunftsfähigkeit, in diesem Zusammenhang sind Energiepreise relevant.

→ **Wambach:** Die Versorgungssicherheit ist ein wichtiges Thema und die Regierung wird da auch aktiv werden. In der „Plattform Klimaneutrales Stromsystem“ wird aktuell diskutiert, wie der Energiemarkt neu gestaltet werden soll, und ein guter Vorschlag dabei ist, mehr an Kapazitätsförderung zu denken. Energie wird aber teuer bleiben. Die Zeiten des billigen Gases sind vorbei. Auch mittelfristig wird Deutschland Flüssiggas (LNG) beziehen. Wir hatten schon vor der Krise die höchsten Energiekosten in Europa, und sie werden durch LNG nicht günstiger. Die Regierung denkt in Richtung Industriestrom, was aber ausblendet, dass es am Ende

» DIE ZEITEN DES BILLIGEN GASES SIND VORBEI.

die Haushalte sind, die alles zahlen. Insofern wäre es gut, wenn der Energiemarkt effizient funktioniert und dadurch die Preise so günstig wie möglich gehalten werden.

→ **Rheinboldt:** Ob der Markt die Energiepreise immer regulieren kann? Hoffentlich. Aber vielleicht brauchen wir doch Industrietarife für Energie. Bei den Energiepreisen kann man die Brücke schlagen zur Beschäftigung. Die Diskussion, manche Produkte einfach zu substituieren – gerade die, die man genauso gut auf dem Weltmarkt einkaufen kann –, ist sicherlich relevant und legitim. Man darf aber nie vergessen, wie sich so eine Substituierung auf die Beschäftigung auswirkt. Das kommt etwas zu kurz, wenn man nur an die Versorgungssicher-



» WIR WERDEN
NOCH HÖHERE
ZINSSÄTZE
SEHEN.

heit und die Energiepreise denkt. Langfristig ist diese Diskussion natürlich für die Wirtschaftskraft und die Entwicklung des Standorts Deutschland durchaus notwendig.

Das nächste Stichwort: Inflation. Die EZB erhöht die Leitzinsen immer weiter, die Ökonominnen und Ökonomen sehen aber nur schwaches Wachstum. Eigentlich müssten die Zinsen sinken. Handelt die EZB richtig in der derzeitigen Situation?

→ **Wambach:** Am Jahresanfang 2023 ist bei der Inflation ein gewisser Druck raus, aber es ist zu früh, um Entwarnung zu geben. Die Lohnforderungen sind sehr hoch. Inflation ist nicht nur Energiepreis-inflation, sondern kommt auch aus anderen Bereichen. Daher ist die EZB gut beraten, jetzt keine Entwarnungssignale zu geben. Ich denke, wir werden noch höhere Zinssätze sehen.

→ **Rheinboldt:** Es gab eine massive Verteuerung vieler Vormaterialien, die nicht nur energiepreisgetrieben war, sondern ihre Ursache in der Lieferkettenproblematik, in fallenden Kapazitäten und hohen Frachtraten im globalen Logistikmarkt hatte. Es wäre meines Erachtens falsch zu glauben, wir seien schon am Ende der inflationären Tendenzen. Zu Ihrer Frage: Die EZB agiert so, wie man es erwarten könnte, und setzt die Zinsen eher hoch, um der Inflation entgegenzuwirken. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Inflation dazu geführt hat, dass viele Unternehmen eine massiv erhöhte Mittelbindung im Umlaufvermögen haben aufgrund der Preiserhöhungen bei Vormaterialien. Zusätzlich zu den erhöhten Zinssätzen ist also der Finanzierungsbedarf der Unternehmen gestiegen.

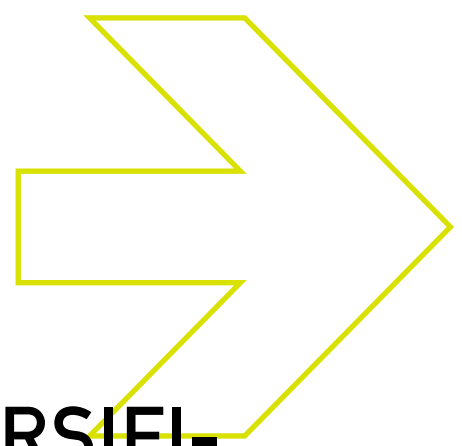


Wir hatten 2008 und 2009 eine weltweite Finanzkrise. Nach einigen Jahren zeigte sich: Die USA kommen schneller aus der Finanzkrise als Europa. Ist das mit Blick auf die aktuelle Krise auch der Fall?

→ **Rheinboldt:** Mein Empfinden ist ganz klar, dass andere Staaten, egal ob USA oder China, knallharte Industriepolitik zu ihren Gunsten machen. Damit tut sich die EU schwerer. Ich finde die Krisen schwervergleichbar. Die Finanzkrise war tatsächlich eine Finanzkrise, die auf unsere Lieferströme keine Auswirkung hatte. Die jetzige Krise hat uns gezeigt, dass es nicht selbstverständlich ist, dass die Globalisierung der Lieferketten auf jeden Fall die beste Idee ist. Daraus könnten wir schlussfolgern, dass wir als Land, als EU gewisse Wertschöpfungsketten ein Stück weit regionalisieren.

→ **Wambach:** Die Krisen sind nicht vergleichbar. Man sollte nicht unterschätzen, dass die europäischen Banken schon vor der Finanzkrise nicht so profitabel wie die amerikanischen waren. Und die Probleme der europäischen Geldunion, die zur Eurokrise geführt haben, gibt es so in den USA nicht. Regionalisierung ist ein Instrument, um Lieferketten sicherer zu machen. Ein weiteres Instrument ist die Diversifizierung der Lieferketten, um nicht nur von einem Lieferanten abhängig zu sein.

→ **Rheinboldt:** Sicher ist: Diversifizierung ist Gebot der Stunde. Natürlich ist es für uns als Unternehmen besser, eine Zwei- oder Mehr-Lieferanten-Strategie für alle Vormaterialien zu haben. Aber wir müssen ja dabei allen regulatorischen Anforderungen gerecht werden. Der Staat muss die richtige Balance finden, dass nicht nur immer mehr Verordnungen und Regulatoriken geschaffen werden.



» DIVERSIFIZIERUNG IST GEBOT DER STUNDE.



→ **Wambach:** Reshoring, also die Rückführung von Lieferketten in die Heimatregion, funktioniert in der Volkswirtschaft anders als in der Betriebswirtschaft. Als Unternehmen kaufe ich ein anderes europäisches Unternehmen oder engagiere einen Lieferanten in Europa. In einer Volkswirtschaft muss man dafür aber etwas anderes aufgeben. Beispiel Chip-industrie: Die EU hat den Chips Act beschlossen. Wenn wir in Europa Chips produzieren, werden wir angesichts des derzeitigen Fachkräftemangels weniger von einem anderen Produkt herstellen können. Studien zeigen: Wenn wir konsequentes Reshoring nach Europa betreiben, verliert Deutschland sieben Prozent seiner Wertschöpfung.

→ **Rheinboldt:** Vielleicht werfen wir einen Blick auf einen zweiten Markt, die mit E-Mobilität verbundene Batterietechnologie. Auch da gibt es massive Programme der EU, um Investitionen nach Europa und nach Deutschland zurückzuholen. Das finde ich gut, denn sonst würde eine neue Abhängigkeit geschaffen, wenn die Technologien, mit denen wir E-Mobilität in Europa auf die Straße bekommen, aus Asien importiert werden müssten.

Herr Habeck sagte Ende letzten Jahres, 2023 werde das Jahr der Industriepolitik. Es gehe darum, Wertschöpfung zu erhalten, den industriellen Kern Deutschlands, die Produktion wichtiger Güter und damit Arbeitsplätze, und letztlich die wirtschaftliche Resilienz.

→ **Rheinboldt:** Ich denke, der Rückblick auf 2022 zeigt, dass die deutsche Industrie sehr resilient ist. Dennoch stimme ich ihm zu: Wir müssen uns mehr denn je um Industriepolitik kümmern, um sicherzustellen, dass wir weiterhin erfolgreich sein können. Die Unternehmen sind, glaube ich, bereit und haben unter Beweis gestellt, dass sie über Innovationskraft und verantwortliches Handeln die Beschäftigung halten werden. Ich bin da positiv gestimmt.

→ **Wambach:** Das Zitat stammt, glaube ich, aus der Zeit extrem hoher Energiepreise, in der die Sorge vor einem massiven Einbruch der Industrie war. Ansonsten ist mir die Aussage zu defensiv. Es geht nicht darum, die Industrie zu bewahren – wir stehen vielmehr vor einer gewaltigen Transformation: Wir müssen die Energiewende bei wachsendem Wohlstand hinbekommen. Dafür braucht es klassische Wirtschaftspolitik – eine gute Infrastruktur, Erleichterung von Genehmigungsverfahren sowie Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.

MEHR
ZUM
THEMA...



Sie möchten mehr zu dem Thema erfahren? Dann hören Sie rein in den #ZEWPodcast. Das gesamte Interview ist als Podcast-Episode abrufbar unter → www.zew.de/AM8506.

DER ZEW – FÖRDER- KREIS WISSENSCHAFT UND PRAXIS E.V.

ZEW FÖRDERKREIS
Wissenschaft und Praxis

Über ihre Mitgliedschaft im Förderkreis unterstützen mittlerweile 140 Unternehmen sowie Privatpersonen die Arbeit des ZEW. So fördert der Verein unter anderem praxisrelevante Forschungsprojekte, lobt Preise für exzellente wissenschaftliche Arbeiten aus und unterstützt die Organisation von Vortragsreihen mit hochrangigen Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am ZEW.

Zudem trifft sich der Vorstand regelmäßig mit ZEW-Präsident Achim Wambach und anderen ZEW-Forschenden zum Austausch in kleinen Gesprächsrunden. Beide Seiten profitieren von den offenen Diskussionen, in deren Zentrum tagesaktuelle Themen wie z. B. die Energiekrise oder Inflation stehen.

ENGAGEMENT, DAS SICH LOHNT.

KONTAKT

Geschäftsstelle des ZEW – Förderkreis
Wissenschaft und Praxis e. V.
Katharina Kober · foerderkreis@zew.de
Telefon: 0621-1235302
www.zew-foerderkreis.de

ENERGIE.

A

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass unser Wohlstand zum großen Teil von einer funktionierenden Energieversorgung abhängig ist. Ohne Strom, Wärme und Mobilität ist unser Alltag nicht mehr denkbar – egal, ob Privatschmied oder Großunternehmen. Das Ziel der Energiewende ist es deshalb, für eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung zu sorgen.



PREISSPITZEN VERMEIDEN

ZEW POLICY BRIEF VON LEONARDO GIUFFRIDA, PHD

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs haben die EU-Länder die Dringlichkeit erkannt, ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas zu mindern und gleichzeitig die europäischen Bürger/innen und Unternehmen vor exorbitanten Energiekosten zu schützen. Eine gemeinsame EU-weite Beschaffung von Erdgas könnte bei beiden Problemen Abhilfe schaffen. Zudem wäre es ein wirksames Mittel, um Energiepreisspitzen zu verhindern, wie ein ZEW Policy Brief zeigt.

Die Erdgasversorgung in Europa verschlechtert sich vor dem Hintergrund steigender Kosten und drohender Versorgungsengpässe zunehmend. Viele europäische Mitgliedstaaten unternehmen seit dem Angriff auf die Ukraine große Anstrengungen, um ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Ein gemeinsames Vorgehen würde die Situation für alle EU-Länder verbessern. Die Studie geht davon aus, dass eine zentralisierte Beschaffung im Falle von Erdgas wesentlich effektiver ist als bei Corona-Impfstoffen. Das macht die Beschaffung zu einem wertvollen politischen Instrument, um Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in der EU vor stark ansteigenden Energiepreisen zu bewahren.

Die EU-weite Beschaffung ist immer auch mit Kompromissen verbunden, selbst bei einem Rohstoff wie Erdgas. Dennoch kann ein zentraler Ansatz lohnenswert sein, schließlich gelten nicht für alle Produkte und Dienstleistungen die gleichen Hindernisse. Einer der Hauptvorteile einer zentralisierten Beschaffung ist, dass dank der größeren Kaufkraft und Verhandlungsmacht Größenvorteile genutzt und somit niedrigere Preise erzielt werden können. Des Weiteren werden Verwaltungskosten eingespart, da weniger Ausschreibungen und Verträge erforderlich sind. Auch der organisatorische Aufwand ist geringer, weil weniger Beschaffungsbeauftragte benötigt werden. Andererseits gibt es auch Nachteile, wie zum Beispiel zusätzliche Kosten aufgrund der Notwendigkeit, eine Koordinierungsstelle bzw. ein zentrales Beschaffungsbüro einzurichten, oder Schwierigkeiten bei der Anpassung an spezifische lokale Bedürfnisse.

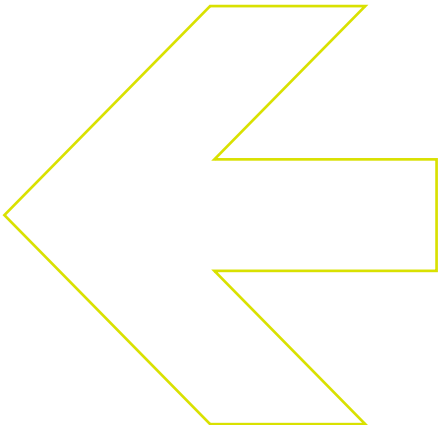
Bei der Zentralisierung der Erdgasbeschaffung überwiegen die Vorteile in der Regel die damit verbundenen Kosten. In der Tat ist die Kosten-Nutzen-Analyse bei Erdgas deutlich günstiger als bei anderen Produkten. Das liegt vor allem daran, dass Erdgas ein standardisiertes Produkt ist. Ein weiterer Vorteil ist die Struktur des Erdgasmarkts, auf dem es aufgrund von Ressourcenmonopolen nur wenige etablierte Anbieter gibt. Eine EU-weite Beschaffung wäre daher für diesen Rohstoff trotz der strengen Beschaffungsregeln wesentlich effektiver.



ZUM ZEW POLICY BRIEF

„The Centralization of
Natural Gas Procurement
in the EU: An Economic
Perspective“

[www.zew.de/
PU83492](http://www.zew.de/PU83492)



WORST-CASE-SZENARIO

GASMARKT-KOLLAPS

ZEW POLICY BRIEF VON PROF. ACHIM WAMBACH, PHD
UND PROF. DR. AXEL OCKENFELS

Bei aller Hoffnung auf die Sicherstellung der Gasversorgung durch Maßnahmen der Bundesregierung, muss das Worst-Case-Szenario – ein Zusammenbruch des Handels im Gasmarkt – im Blick bleiben, warnen Prof. Dr. Axel Ockenfels (Universität zu Köln) und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD. Beide Ökonomen fordern daher nicht nur stärkere Anreize für den Verzicht auf Gas, sondern skizzieren auch, wie ein geeignetes ökonomisches Regelwerk im Fall eines zusammenbrechenden Handels im Gasmarkt aussehen könnte.



ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Was tun, wenn der
Markt kollabiert?“

www.zew.de/
PU83732

In einem funktionierenden Markt bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Dieser Mechanismus droht aber dann zu versagen, wenn Märkte für essenzielle Güter mit extremer Knappheit zu kämpfen haben, wie derzeit beim Gas. Bei einem Kollaps kann der Markt die zentrale Aufgabe, einen Preis zu ermitteln, der Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringt, nicht mehr erfüllen. In diesem Fall muss der Staat einspringen und im Extremfall auch die Zuteilung von Gas und die Gaspreise bestimmen. Politik und Regulierung bleiben noch Antworten schuldig, wer bei einem Marktzusammenbruch wie viel Gas erhält und zu welchem Preis. Dabei braucht es heute schon gut kommunizierte Pläne für den Ernstfall. Denn die Antwort auf die Frage, was genau bei einem Marktzusammenbruch passiert, hat erhebliche Auswirkungen auf das aktuelle Verhalten und damit auch auf die Wahrscheinlichkeit eines Kollapses. Wenn nämlich Unternehmen in der Gasmangellage davon ausgehen, dass sie prioritär Gas zu moderaten Preisen erhalten, ist der Anreiz gering, sich darauf vorzubereiten. Der dann weiterhin hohe Verbrauch verschärft die Mangellage. Umgekehrt ist der Sparanreiz in den Fällen groß, wenn Unternehmen damit rechnen, bei der Zuteilung leer auszugehen oder extrem hohe Preise zahlen zu müssen.

Die Ökonomen empfehlen darüber hinaus, unabhängig von den sogenannten privilegierten Kundengruppen solche Unternehmen vorrangig zu bedienen, die eine höhere Wertschöpfung durch Gas aufweisen, die weniger einfach von Gas auf andere Energieträger umstellen können und deren Produkte schlechter substituiert werden können.

Schließlich plädieren beide Wirtschaftswissenschaftler zur Vorbereitung auf eine Gasmangellage für weitere Anreize wie etwa Abschaltauktionen für einen längeren Zeitraum, um Unternehmen dazu zu bewegen, noch mehr auf Gas zu verzichten.

MIGRATION.

B

Der Krieg in der Ukraine hat zu einer Verschiebung von Flüchtlingsströmen in Europa geführt. Personen aus der Ukraine und Russland kommen vermehrt nach Westeuropa, um hier Schutz zu suchen. Und Arbeit. Das zieht Verteilungsfragen nach sich.



GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE

INTEGRATION DURCH KITAS

STATEMENT VON DR. GUIDO NEIDHÖFFER

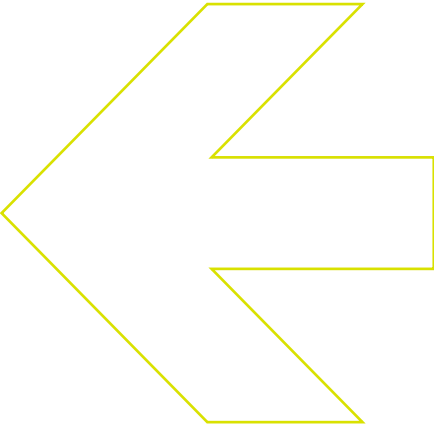
Europa zeigt sich im Ukraine-Krieg geschlossen und solidarisch mit den Flüchtenden. In Deutschland gelingt ihre Aufnahme schnell und unbürokratisch. Bei allen offenen Fragen ist jedoch nicht absehbar, wie lange sie Schutz bedürfen werden. Im Falle, dass sie nicht so bald in ihre zerstörte Heimat zurückkehren können, sind Strategien für eine erfolgreiche Integration notwendig. ZEW-Studien belegen, dass die Integration noch kleiner Kinder besonders hilfreich für die der gesamten Familie sein kann.



INTERESSANTES
ZUM THEMA

[www.zew.de/
PM6858](http://www.zew.de/PM6858)

Demzufolge kommt jetzt darauf an, möglichst rasch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für die jüngsten Geflüchteten bereitzustellen. Kitas und andere Einrichtungen beschleunigen die Eingliederung. Diesen Zusammenhang sollte die Politik bei einer auf uns zukommenden Zuteilung der ukrainischen Familien innerhalb Deutschlands von Anfang an berücksichtigen und sie in Orte bringen, wo es möglich ist, schnell einen Kita-Platz zu bekommen. In einem zweiten Schritt ist es wichtig, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ausreichend auszustatten und dabei die Mütter früh miteinzubeziehen. Die Forschungen am ZEW zeigen: Mütter mit kleinen Kindern, die wegen des Kriegs in Syrien im Zeitraum zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland geflüchtet sind und Kommunen zugeteilt wurden, in denen es wahrscheinlicher ist, möglichst früh nach Ankunft einen Kindergartenplatz zu bekommen, haben deutlich bessere Sprachkenntnisse und schätzen ihre künftige Arbeitsmarktintegration deutlich positiver ein als geflüchtete Mütter in Orten, in denen es kaum Bildungs- und Betreuungskapazitäten für ihre Kinder gibt. Besonders stark ist der Effekt bei alleinerziehenden oder allein geflüchteten Müttern, obwohl hier auch Mütter in Familien profitierten, in denen der Vater im selben Haushalt wohnt. Der Königsteiner Schlüssel sowie weitere lokal verwendete Zuteilungsmechanismen berücksichtigen diese Faktoren und Dimensionen bei der Verteilung von Geflüchteten aber in der Regel noch nicht in ausreichendem Maße.



MIGRATIONSSCHUB AUS RUSSLAND ZU ERWARTEN

ZUWANDERUNGS- STRATEGIE

ZEW-KURZEXPERTISE VON KATIA GALLEGOS TORRES
UND DR. KATRIN SOMMERFELD

Mehrere Millionen Menschen sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine geflohen. Als Folge der Invasion fliehen auch immer mehr Menschen aus Russland. Die Gründe dafür dürften in der eingeschränkten Meinungsfreiheit, Angst vor politischer Verfolgung oder vor Einzug zum Militärdienst sowie in der schlechten ökonomischen Perspektive liegen. Der Unterschied zwischen den derzeitigen russischen Migrantinnen und Migranten, die in die Nachbarländer auswandern, und den Geflüchteten aus der Ukraine besteht darin, dass die russische Auswanderungsgruppe überdurchschnittlich gut gebildet ist. Diese umfasst beispielsweise Spezialkräfte aus der IT-Branche und anderen kreativen Wirtschaftszweigen, die meist über Fremdsprachenkenntnisse verfügen.

Aufgrund der starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in der Vergangenheit und der ausgeprägten russischen Diaspora in Deutschland, z.B. durch Spätaussiedler/innen, könnte Deutschland für Russinnen und Russen mittel- bis langfristig als Zielland an Bedeutung gewinnen. Die Studie empfiehlt der Politik daher, eine entsprechende Strategie für den Umgang mit Zuwanderern aus Russland zu entwickeln. Zur Ausgestaltung kluger Maßnahmen ist es wichtig, strategische Argumente zu berücksichtigen, Einwanderungspolitiken spezifisch an die russischen Besonderheiten anzupassen und entsprechende Kapazitäten für den künftigen Umgang mit russischen Zuwanderern vorzuhalten. Sofern in naher Zukunft verstärkt Menschen aus Russland nach Deutschland migrieren, ist zu vermuten, dass sie grob den existierenden ethnischen Netzwerken folgen. Russische Staatsangehörige sind derzeit vor allem in Großstädten wie Berlin, Hamburg und München angesiedelt. Die Zahl der Spätaussiedler/innen ist dagegen größer und etwas gleichmäßiger über ganz Deutschland verteilt.

Deutschland hat aufgrund der aktuellen Flug- und anderen Reisebeschränkungen noch keine unmittelbare russische Migrationswelle erlebt, aber Beispiele aus Ländern, die geografisch und kulturell näher an Russland liegen, sind aufschlussreich für das, was mittelfristig zu erwarten ist. Es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl russischer Zuwanderer in ehemalige Sowjetrepubliken im Kaukasus und Zentralasien sowie die Türkei rasant ansteigen. Armenien zum Beispiel hat allein in den ersten drei Kriegswochen schätzungsweise bis zu 75.000 Menschen aus Russland aufgenommen, was 2,5 Prozent seiner Bevölkerung entspricht.



ZUR ZEW-
KURZEXPERTISE
„Regionale Verteilung
russischer Communities
in Deutschland“

[www.zew.de/
PU83292](http://www.zew.de/PU83292)

INSTITUTIONEN.



Bedeutende Institutionen werden von außen häufig als wenig veränderlich wahrgenommen. Ihr Auftrag scheint klar und ihr strategischer Auftrag ebenso. Und doch unterliegen sie Rationalitäten und gesellschaftlichen Strömungen, die sich fundamental geändert haben.



PREISSTABILITÄT IM FOKUS

ZEW-KURZEXPERTISE VON PROF. DR. FRIEDRICH
HEINEMANN UND JAN KEMPER

Christine Lagarde und die anderen Mitglieder des EZB-Rats befassen sich in ihren öffentlichen Auftritten immer öfter mit Zielen abseits des geldpolitischen Hauptziels der Preisstabilität. Eine ZEW-Studie, unterstützt von der Brigitte Strube Stiftung, hat sich mit diesem Wandel in der EZB-Kommunikation seit der Euro-Einführung befasst. Dazu wurden über 3.800 Reden mithilfe von KI-unterstützter Textanalyse untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Aufmerksamkeit der Ratsmitglieder für ökonomische und gesellschaftliche Ziele jenseits der Preisstabilität seit der Euro-Einführung stark zugenommen hat. So gibt es seit der Finanz- und Schuldenkrise 2008/09 ein deutlich gewachsenes Interesse für Finanzstabilität und Staatsanleihemärkte sowie Staatsverschuldung. Vor allem aber ist die Klimapolitik neben der Preisstabilität das dominierende Thema in den EZB-Reden der letzten fünf Jahre geworden. Während das Klima-Thema vorher kaum behandelt wurde, sprechen es die EZB-Vertreterinnen und -Vertreter heute bereits in jeder zweiten Rede an. Im EZB-Direktorium sticht Präsidentin Christine Lagarde durch eine besonders häufige Befassung mit dem Thema heraus, während ihr Vorgänger Mario Draghi sich in seinen Reden fast nie mit Klimapolitik befasste.

Die Aufmerksamkeit für das prioritäre Ziel der Preisstabilität schwankt im Zeitverlauf. Vor der Pandemie war das Thema gegenüber den Jahren nach der Euro-Einführung etwas in den Hintergrund getreten, aktuell wird es mit dem Inflationsanstieg wieder stärker thematisiert. Vertreterinnen und Vertreter Südeuropas erwähnen das Thema Preisstabilität in ihren Reden im Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen aus Nord- und Westeuropa weniger oft.

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass die starke Öffnung des geldpolitischen Diskurses für ein breiteres Spektrum von Zielen ganz offenkundig die Strategie reflektiert, gesellschaftliche Verantwortung der Geldpolitik zu signalisieren. Dabei warnen die Autoren aber auch vor Gefahren, die sich im Hinblick auf den aktuellen massiven Inflationsschub ergeben können. Wenn EZB-Vertreterinnen und -Vertreter zu viel über alle möglichen Ziele reden, kann dies geldpolitische Glaubwürdigkeit kosten. In der Öffentlichkeit entsteht dann der Eindruck, dass die EZB ihr Ziel der Preisstabilität relativiert. Die Studienautoren empfehlen der EZB daher, auch in ihrer Kommunikation klarzustellen, dass sie ihre Geldpolitik ganz am Ziel der Inflationsbekämpfung ausrichtet.



ZUR ZEW-KURZEXPERTISE
„Inflation of Objectives
Instead of Focus on Inflation?“
[www.zew.de/
PU83620](https://www.zew.de/PU83620)

KERNHAUSHALTE

BEDEUTUNG VON STAATSUNTERNEHMEN

ZEW-KURZEXPERTISE VON DR. ZAREH ASATRYAN, PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN UND JUSTUS NOVER

Der Blick auf die Kernhaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen bietet immer weniger ein vollständiges Bild staatlicher Aktivitäten. In den letzten zehn Jahren sind Anzahl und ökonomische Bedeutung von öffentlichen Unternehmen sehr stark gewachsen, deren Zahlen nicht in den Kernhaushalten enthalten sind. Dies belegt eine Studie, die das ZEW mit Unterstützung der Strube Stiftung durchgeführt hat.



ZUR ZEW-KURZEXPERTISE

„The Other Government: State-Owned Enterprises in Germany and their Implications for the Core Public Sector“

www.zew.de/
PU83796

Unternehmen, die mehrheitlich im staatlichen Besitz sind, haben den ZEW-Berechnungen zufolge inzwischen eine beträchtliche Bedeutung. Fast 40 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Sektor in Deutschland arbeiten für Staatsunternehmen im Staatsbesitz und nicht mehr für öffentliche Behörden, die aus den Kernhaushalten finanziert werden. Die Anzahl dieser Unternehmen ist seit 2008 besonders bei Kommunen und Bundesländern stark gestiegen. Bei den Kommunen betrug der Zuwachs 26 Prozent, bei den Ländern sogar 54 Prozent. Auf kommunaler Ebene erreicht die Anzahl der Beschäftigten damit in etwa die gleiche Größenordnung wie in den Kernhaushalten, die Gesamtverschuldung der kommunalen Unternehmen übersteigt sogar die in den Kernhaushalten ausgewiesene Verschuldung.

Im Vergleich zu Behörden bieten öffentliche Unternehmen möglicherweise Vorteile in Bezug auf Flexibilität und betriebswirtschaftliche Steuerung und sind daher nicht grundsätzlich negativ zu bewerten. Die hohe Verschuldung außerhalb der Haushalte verschlechtert jedoch die Fiskaltransparenz. Besonders die üblichen Verschuldungszahlen der Bundesländer sind inzwischen nur noch von eingeschränkter Aussagefähigkeit.

So belegen die Berechnungen, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesländer stark unterscheidet, je nachdem, ob nur die Kernhaushalte oder auch die Verschuldung der öffentlichen Unternehmen betrachtet werden. Besonders einige ohnehin im Kernhaushalt hoch verschuldete Länder wie Berlin oder das Saarland weisen demnach eine besonders hohe Verschuldung bei den Unternehmen im Staatsbesitz auf, aber auch ein wohlhabendes Land wie Hessen.

Für die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sind die Resultate ebenfalls wichtig. Auch wenn die Analyse es nicht beweisen kann, drängt sich den Studienautoren der Verdacht auf, dass der Bund und die Länder Schulden dorthin verschieben, wo sie von der Schuldenbremse nicht untersagt sind.

ABSENKUNG DES WAHLALTERS

ZEW-KURZEXPERTISE VON DR. ZAREH ASATRYAN

Deutschland wird aufgrund des demografischen Wandels immer mehr zu einer „Rentnerdemokratie“. Eine Reform des Wahlalters ab 16 soll dem entgegenwirken. Dass eine solche Reform allerdings nicht genug ist, um die Interessen junger Menschen in der aktuellen Politik stärker zu verankern, zeigt eine ZEW-Studie. Denn Reformen des Wahlalters tragen wenig dazu bei, eine zentrale Einschränkung der Demokratie zu beheben: Wenn sich Wähler/innen weiterhin nur um eigene politische Präferenzen und die eigene Generation kümmern, dann wird die Politik stark von der Gegenwart und damit einer alternden Gesellschaft geprägt sein.



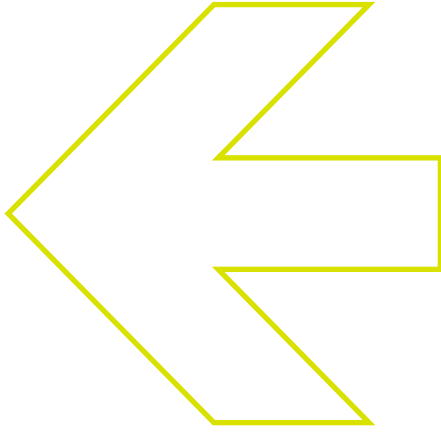
ZUR ZEW-KURZEXPERTISE

„Representing the Future
in Aging Societies: Policy
Implications of the Voting
Age Reform in Germany“

www.zew.de/PU83323

Deutschland wird immer älter und damit auch seine Wähler/innen: So wurden die jüngsten Bundestagswahlen von den über 50-jährigen dominiert, die 60 Prozent der Wählerschaft ausmachten, während nur 14 Prozent der Wähler/innen unter 30 Jahren waren. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das politische System in Deutschland. Eine ZEW-Studie hat untersucht, inwiefern ältere Menschen andere Präferenzen in Politikfeldern hegen als junge Menschen und welche Auswirkungen sie auf die Art der gewählten Politik hat. Es gibt einige Politikbereiche, die Altersunterschiede aufweisen. So werden tendenziell der Ausbau erneuerbarer Energie oder die Relevanz digitaler Technologien eher jüngeren Wähler/innen zugeschrieben. Die ältere Generation befürwortet dagegen stärker die Schuldenbremse sowie Steuerhöhungen mit Blick auf das Rentensystem. Höhere öffentliche Ausgaben für Bildung werden über alle Altersgruppen hinweg breit unterstützt.

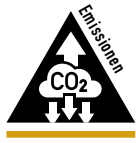
Was die Studie ferner zeigt: Eine Reform des Wahlalters kann nur geringe Auswirkungen auf die Gestaltung künftiger Politikfelder haben. Mit einem Wahlrecht ab 16 würden ca. 1,5 Millionen neue Wahlberechtigte im Alter von 16 und 17 Jahren hinzukommen, die nur 2,5 Prozent der Wählerschaft ausmachen. Wichtige Zukunftsthemen der Politik, wie etwa der Klimawandel, können nicht nur von einer kleinen Gruppe jugendlicher Wähler/innen getragen werden. Wenn sich das Wahlrecht also strikt auf den Ausdruck einer eng gefassten Politik beschränkt, die nur dem eigenen Vorteil dient, dann ist das keine zukunftsfähige Lösung. Stattdessen sollte ein generationenübergreifender Altruismus der Wähler/innen gefördert sowie stärker in eine bessere Aufklärung zu langfristigen Politikthemen investiert werden.



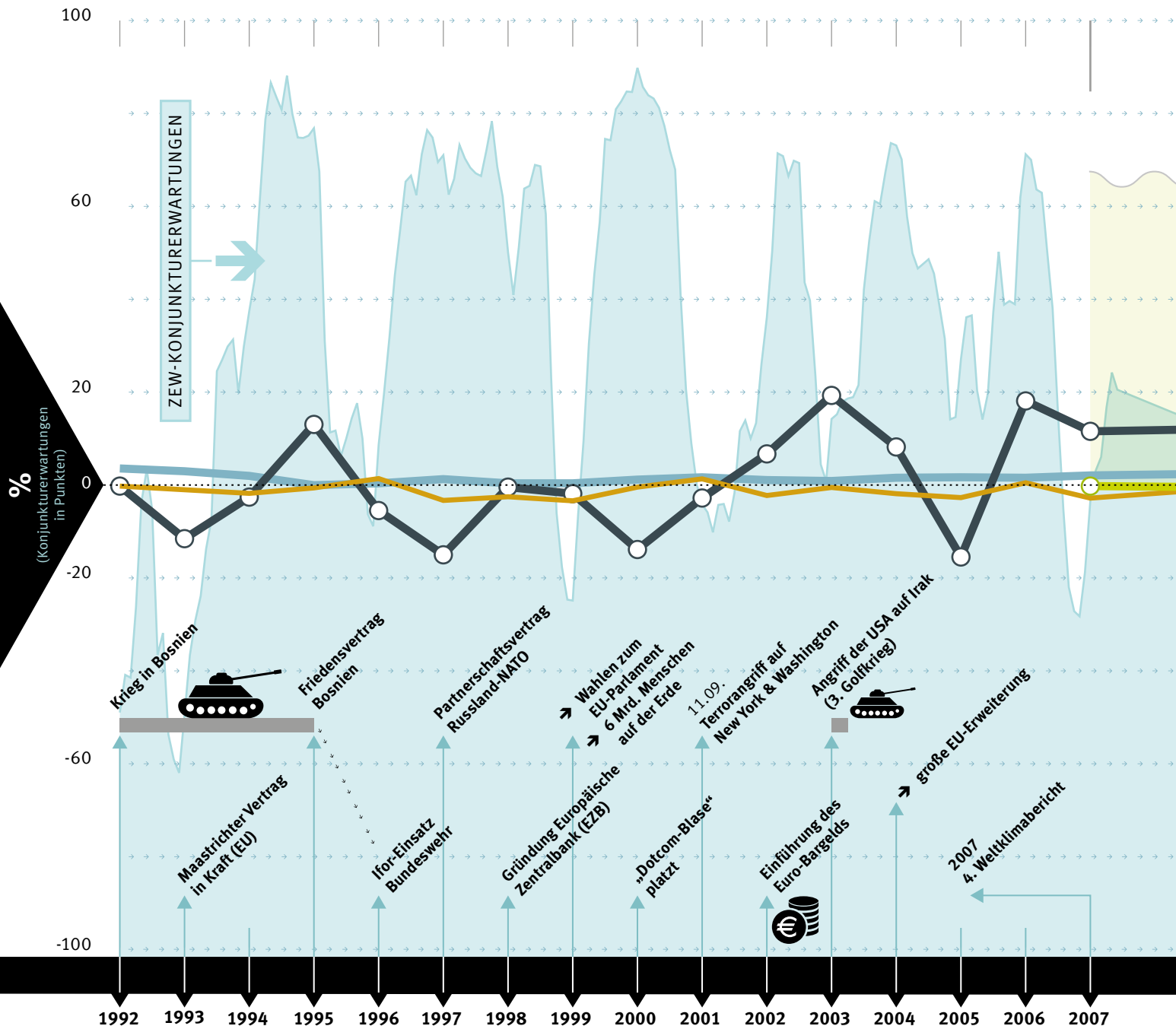
ZEITENWENDE

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT?

Entsprechend der Unterthemen dieses Jahresberichts sind hier grafisch die wesentlichen prozentualen Veränderungen für die Inflation in Europa, die Ausgaben für die Bundeswehr, die CO₂-Emissionen in Deutschland und die Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland (Zahlen liegen erst seit 2007 vor) abgetragen. Und das alles vor dem Hintergrund der vom ZEW seit 1991 erhobenen Konjunkturerwartungen, die durch Befragung von bis zu 300 Analysten/-innen monatlich veröffentlicht werden. Die absoluten Zahlen zu den Unterthemen sind oben rechts in kleinerer Form zu sehen.



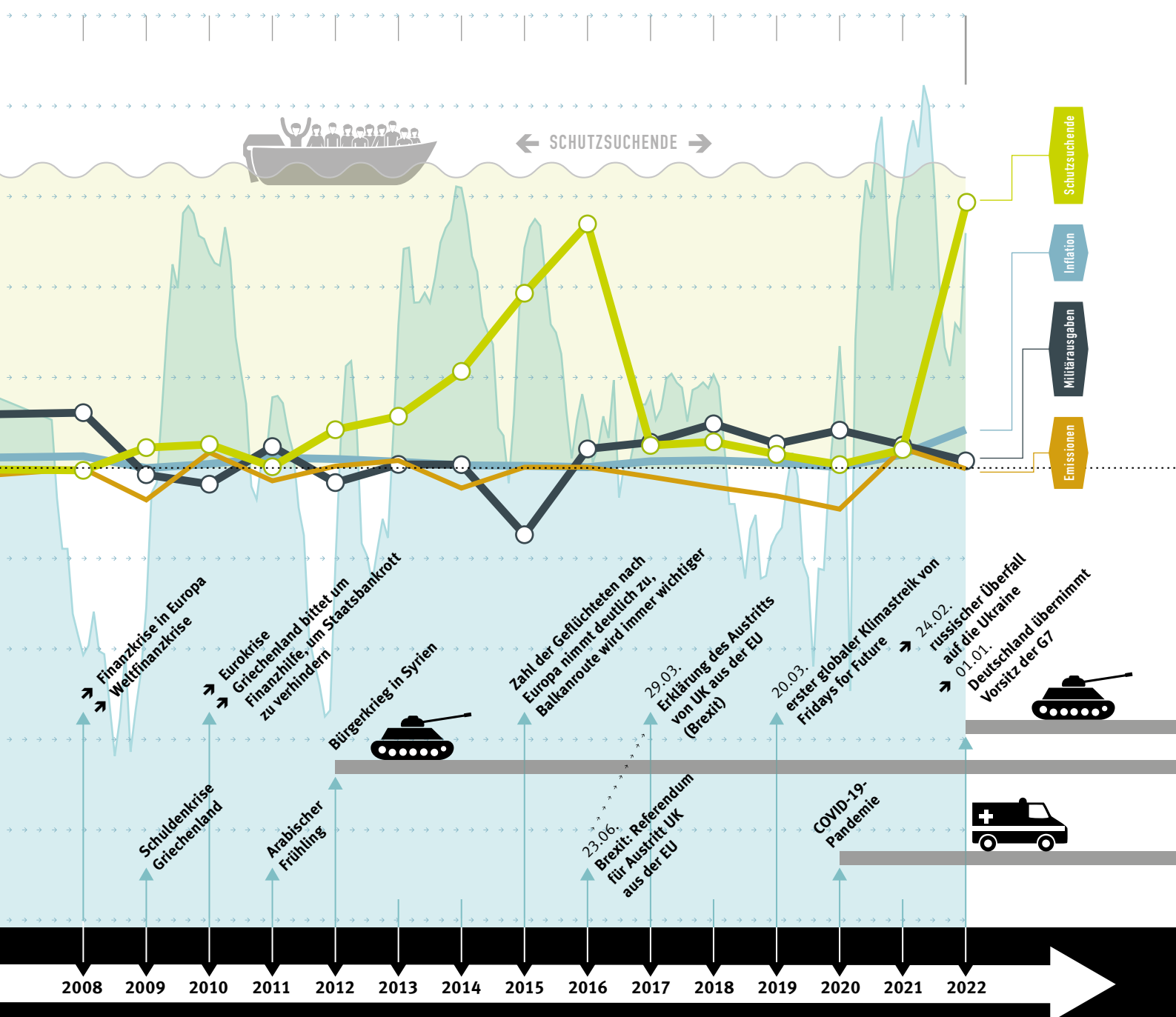
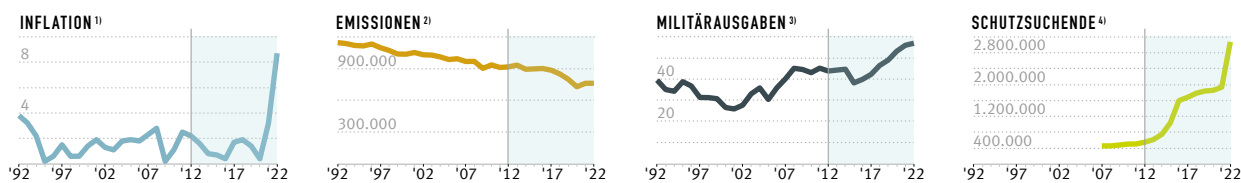
Hinweis: In der Grafik unten werden die ZEW-Konjunkturerwartungen in Punkten gezeigt (von -100 bis +100). Alle anderen Daten in Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



ENTWICKLUNG DER LETZTEN 10 JAHRE IN ZAHLEN (in Deutschland)	THEMATIK	2012	2022	VERÄNDERUNG IN %
	INFLATION (in Prozent)	2,2	8,7	+295,45% ↗
	EMISSIONEN (in Tsd. t Kohlendioxid-Äquivalenten*)	916.901	762.000	-16,89% ↘
	MILITÄRAUSGABEN (in Milliarden US-Dollar)	43,8	57	+30,13% ↗
	SCHUTZSUCHEDE	549.825	3.079.000	+460,00% ↗

* Emissionen ohne Berücksichtigung von Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft

ENTWICKLUNG DER LETZTEN 30 JAHRE (1992–2022) (Die blau hervorgehobenen Flächen zeigen den 10-Jahreszeitraum der oben dargestellten Tabelle.)



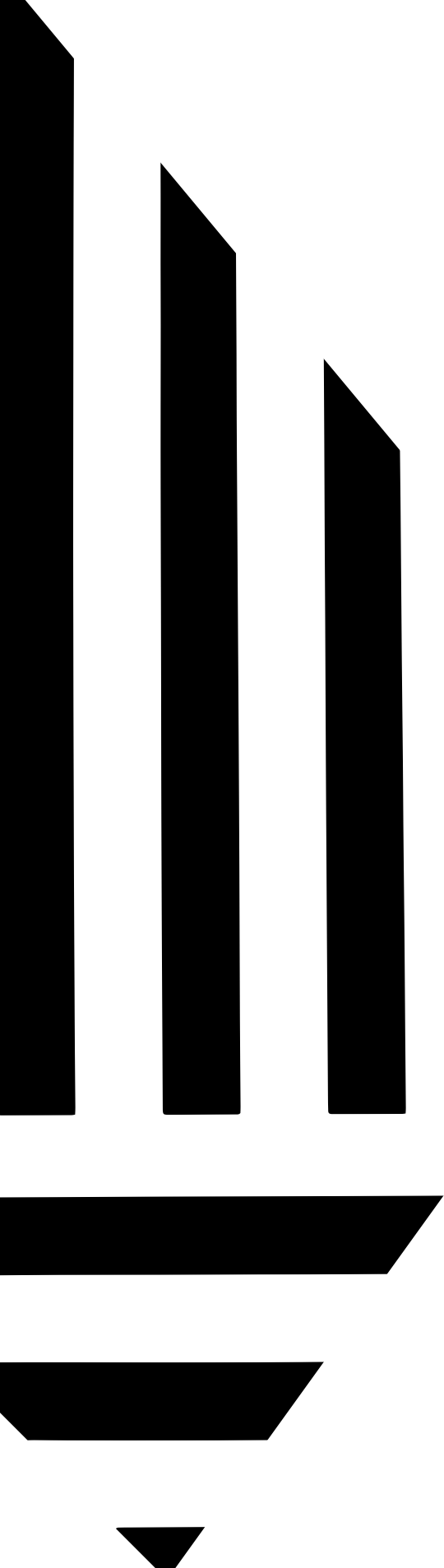




**For
Sch
unor**

ALTERSVORSORGE UND NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE





LEITUNG

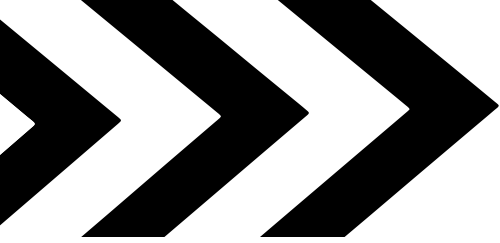
→ Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

STELLVERTRETUNG

→ Dr. Karolin Kirschenmann

SCHWERPUNKTE

- Sparen und Altersvorsorge
- Financial Literacy
- Finanzielle Situation privater Haushalte in der Corona-Krise
- Erwartungsbildung auf Finanzmärkten
- Kreditvergabe von Banken und realwirtschaftliche Auswirkungen



CORONAKRISE LÄSST ÜBERSCHULDUNGSRISIKO IN DER BEVÖLKERUNG STEIGEN

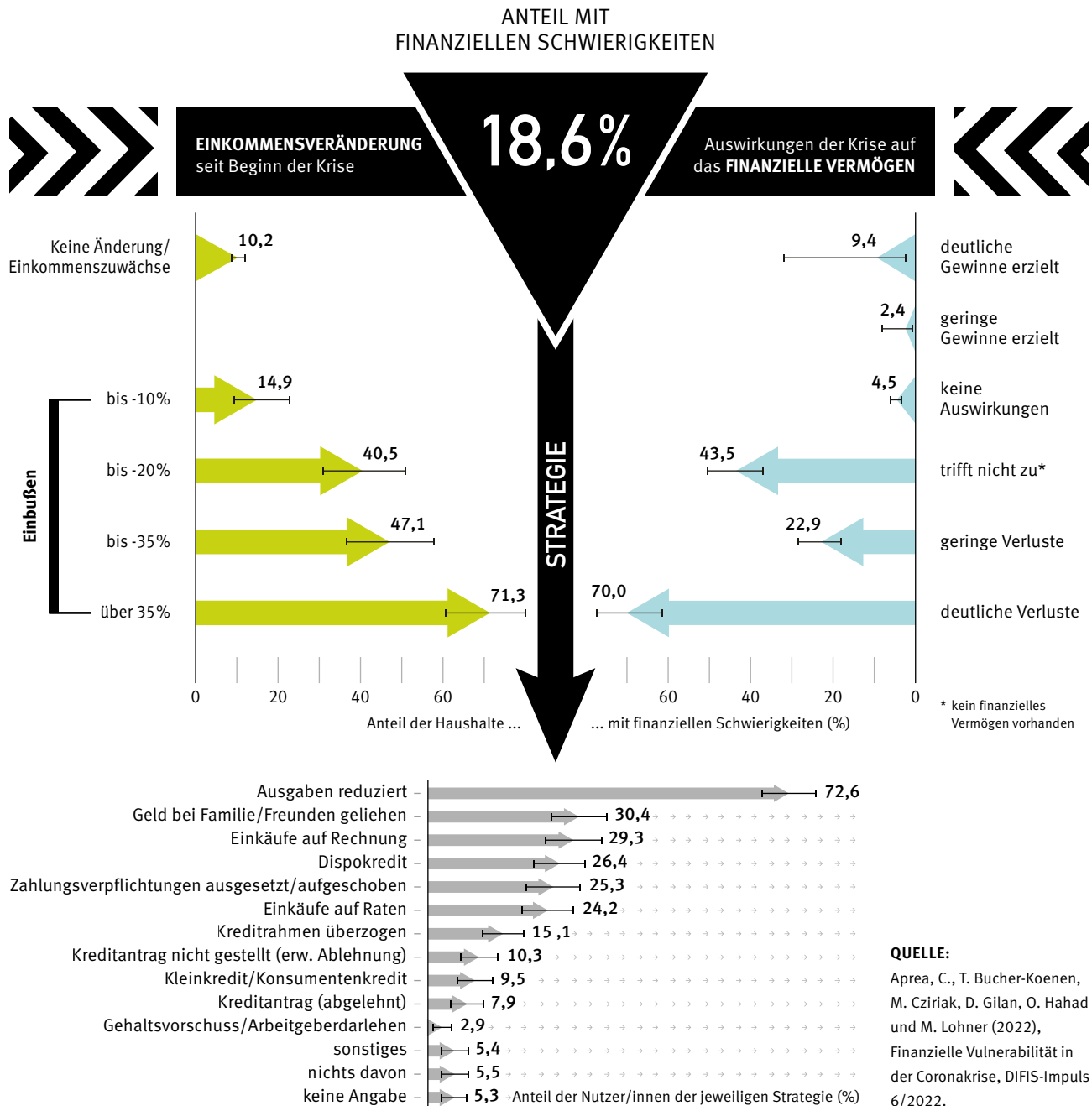
- ➔ Finanzielle Schwierigkeiten steigen mit der Intensität von Einkommens- und Vermögenseinbußen
- ➔ Haushalte sollten bei der eigenverantwortlichen Vorsorge unterstützt werden, um Überschuldungsrisiken vorzubeugen

Die Coronakrise ist eine außergewöhnliche Kombination aus Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise. In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung und der Universität Mannheim untersucht das ZEW die Folgen der Krise für das finanzielle und psychische Wohlbefinden der Erwerbsbevölkerung in Deutschland in mehreren empirischen Studien. Die Ergebnisse der ersten Befragung im Dezember 2020 und Januar 2021 legen nahe, dass etwa ein Fünftel der Umfrageteilnehmenden zwischen März und Dezember 2020 Schwierigkeiten damit hatte, finanziell über die Runden zu kommen. Mögliche Auslöser für die erhöhte finanzielle Vulnerabilität sind die finanziellen Auswirkungen der Coronakrise. Die Befragung zeigt, dass Personen prozentual häufiger angaben, in finanzielle Schwierigkeiten geraten zu sein, wenn sie hohe Einkommensverluste oder deutliche Vermögensverluste hatten oder kein nennenswertes Vermögen besaßen. Die Befragungsergebnisse erlauben zudem Einblicke in die Anpassungen des Finanzverhaltens jener Haushalte, die von finanziellen Schwierigkeiten betroffen waren. Etwa 73 Prozent der Befragten gaben an, ihre Ausgaben verringert zu haben. Drei von zehn Befragten mit finanziellen Schwierigkeiten liehen sich Geld von Familie oder Freunden oder tätigten Einkäufe auf Rechnung. Zudem nahm etwa ein Viertel der Befragten Dispo-kredite in Anspruch, schob Zahlungsverpflichtungen auf oder setzte diese aus, tätigte Einkäufe auf Raten oder überzog die ihnen zur Verfügung stehenden Kreditrahmen. Demnach zeichnen sich auch Anpassungen des Finanzverhaltens ab, die längerfristige Ver- bzw. Überschuldungsrisiken bergen können.

Die Befunde unterstreichen, wie wichtig es ist, Haushalte bei der eigenverantwortlichen Vorsorge zu unterstützen und wirksam gegen unverschuldete finanzielle Rückschläge zu schützen, um Überschuldungsrisiken vorzubeugen.

STUDIE
„Finanzielle Vulnerabilität in der Coronakrise“
www.zew.de/PU83784

FINANZIELLE SCHWIERIGKEITEN UND LÖSUNGSSTRATEGIEN IN DER CORONAKRISE



Befragung
Dezember 2020 und Januar 2021

1/5

Etwa ein Fünftel der Umfrageteilnehmenden waren zwischen März und Dezember 2020 in finanziellen Schwierigkeiten.

73%

haben ihre
Ausgaben verringert.



3/10

Befragte mit finanziellen Schwierigkeiten liehen sich Geld von Familie oder Freunden oder tätigten Einkäufe auf Rechnung.



NOT IN THE MOOD? STIMMUNG VON BANKMANAGERN BEEINFLUSST KREDITANGEBOT

→ Finanzaufsicht und Finanzmarktregulation sollte Stimmung von Bankmanagern/-innen in ihren Analysen berücksichtigen

Stimmungen und Emotionen können einen erheblichen Einfluss auf Kreditentscheidungen von Finanzakteuren haben. Eine ZEW-Studie hat sich speziell mit der Stimmung von Bankmanagern/-innen beschäftigt, um zwei Fragen zu beantworten: Sind Bankmanager/-innen im Vergleich zu den wirtschaftlichen und finanziellen Fundamentaldaten systematisch zu optimistisch bzw. zu pessimistisch? Und wenn dies der Fall ist, beeinflusst dies die Kreditvergabepolitik der Bankmanager/-innen und das von den Finanzmärkten wahrgenommene Risiko der Bank? Die Beantwortung dieser Fragen ist sowohl aus Sicht der Wirtschaft als auch für die Finanzstabilität wichtig. Vergeben die Banken zu wenig Kredite, so verfehlen sie ihren Hauptzweck, nämlich die Finanzierung der Wirtschaft. Wenn die Banken dagegen zu viele Kredite vergeben und/oder ihr Risiko unterschätzt wird, könnte dies die Stabilität des Finanzsystems gefährden.

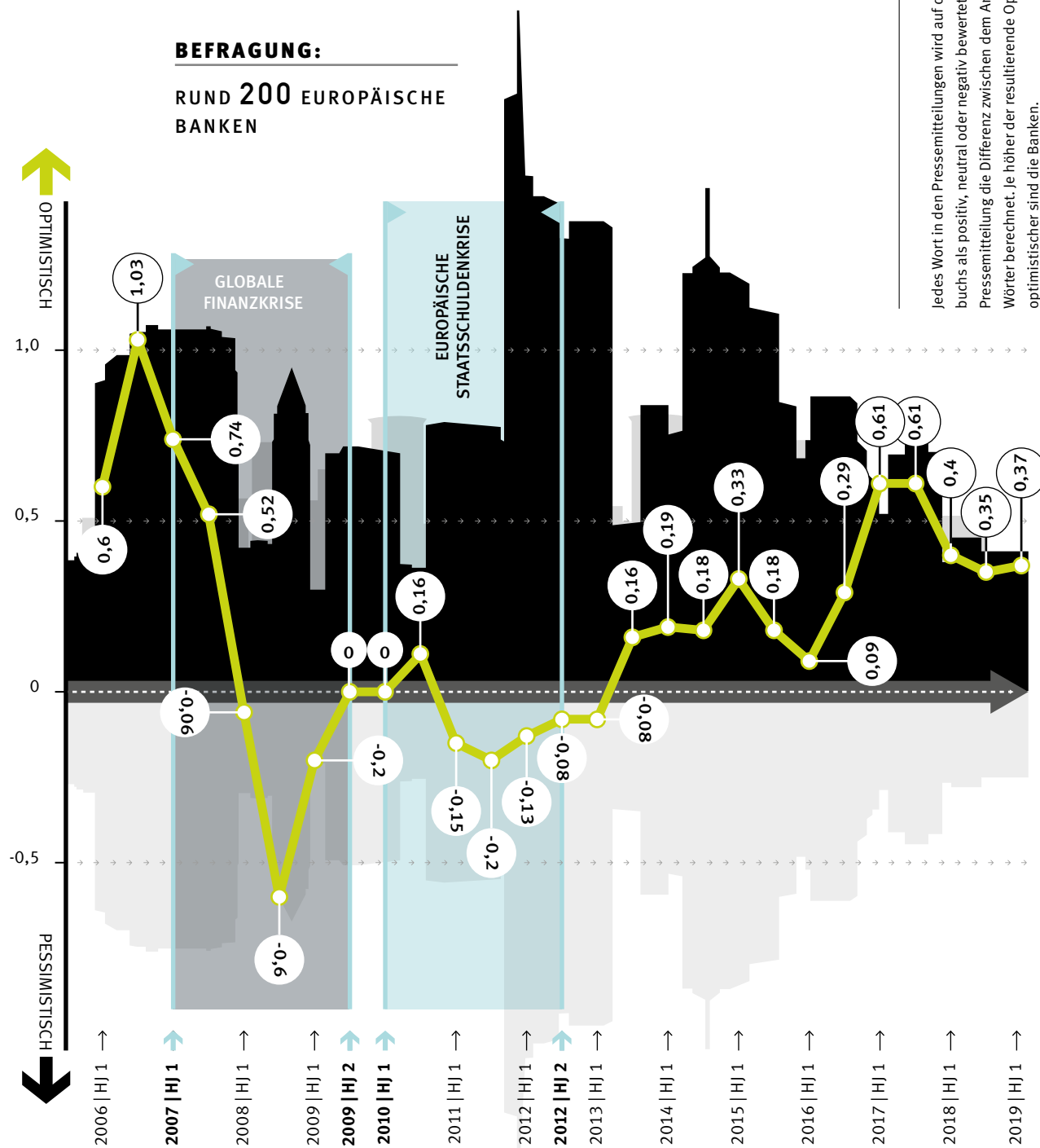
Die Studie näherte sich diesen Fragen, indem sie die Pressemitteilungen von rund 200 europäischen Banken über den Zeitraum zwischen 2006 und 2019 betrachtete. Anhand textanalytischer Methoden wurde jede Pressemitteilung mit einer Punktzahl versehen, die angibt, wie optimistisch oder pessimistisch diese ist (Optimismus-Score; siehe Grafik). Anschließend isolierten die Forschenden den Teil jeder Punktzahl, der nicht durch gleichzeitige wirtschaftliche und finanzielle Fundamentaldaten erklärbar ist – die Stimmung der Bankmanager/-innen.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Stimmung der Bankmanager/-innen das Kreditangebot der Banken und das von den Finanzmärkten wahrgenommene Risiko der Banken systematisch beeinflusst. Außerdem passt sich die Stimmung der Bankmanager/-innen zu langsam an neue wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen an. Im Hinblick auf mögliche realwirtschaftliche Folgen und die Stabilität des Finanzsystems sollten Finanzaufsicht und Finanzmarktregulation daher die Stimmung der Bankmanager/-innen in ihren Analysen berücksichtigen.

STUDIE

„Bank Manager Sentiment, Loan Growth and Bank Risk“
www.zew.de/PU83851

OPTIMISMUS DER BANKMANAGER/INNEN IM ZEITVERLAUF (DURCHSCHNITT ALLER BANKEN, IN PROZENT)



QUELLE: ZEW

ARBEITSMÄRKTE UND SOZIAL- VERSICHERUNGEN





LEITUNG

→ Prof. Dr. Nicolas Ziebarth

STELLVERTRETUNG

→ Prof. Dr. Melanie Arntz

→ PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

LEITUNG

NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE

INTEGRATION VON MIGRANTEN/-INNEN
UND EINSTELLUNG ZUM SOZIALSTAAT

→ Dr. Katrin Sommerfeld

SCHWERPUNKTE

- Bildung und soziale Mobilität
- Digitalisierung und struktureller Wandel
- Gesundheit im Arbeitsleben
- Zuwanderung und Integration

BESCHÄFTIGTE AUS OSTEUROPA TRAGEN ZUR ENTLASTUNG DES DEUTSCHEN ARBEITSMARKTS BEI

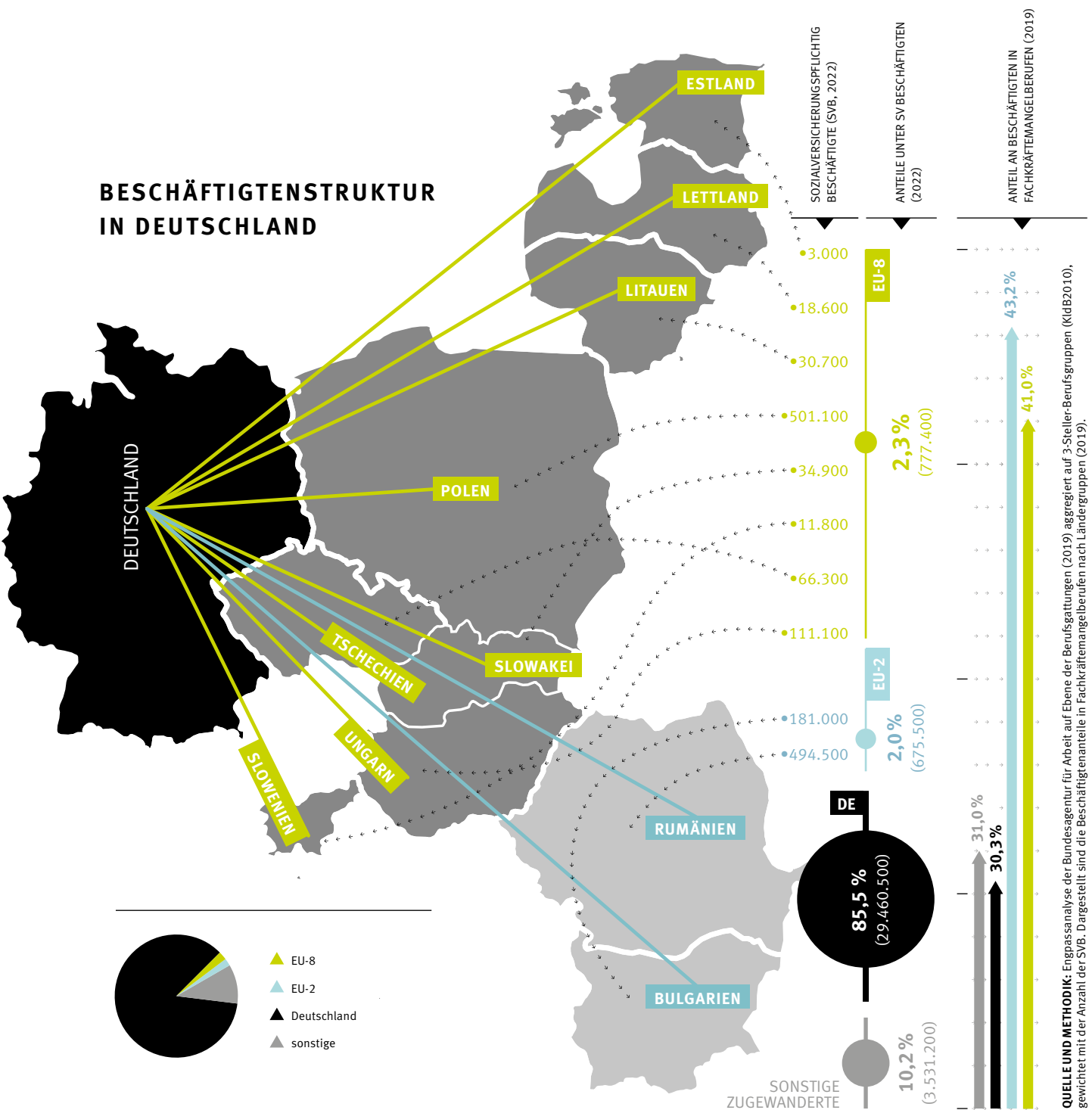
- ➔ Infolge der EU-Osterweiterungen steigt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus diesen Ländern deutlich an, insbesondere in Berufen mit Fachkräftengpässen

Beschäftigte aus ost- und südosteuropäischen EU-Staaten arbeiten überproportional häufig in Berufen, die Fachkräftemängel aufweisen. Das ist das Ergebnis einer ZEW-Studie, die die Entwicklung der Beschäftigung infolge der beiden EU-Erweiterungen 2004 und 2007 untersucht. In Deutschland wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus den neuen EU-Mitgliedsländern erst sieben Jahre nach der jeweiligen Erweiterung gewährt. Damit erlangten Bürgerinnen und Bürger aus den EU-8-Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) im Mai 2011 und aus den EU-2-Ländern (Bulgarien und Rumänien) im Januar 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit.

In den Folgejahren zeigt sich ein starker Anstieg beim Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, der im Jahr 2020 12,9 Prozent (1,3 Millionen Beschäftigte) erreichte. Das entspricht einer Verdopplung in einem Zeitraum von zehn Jahren: Von 2000 bis 2010 lag dieser Anteil relativ konstant bei rund 6,5 Prozent.

Die Beschäftigten aus den EU-8- und EU-2-Ländern arbeiten am häufigsten in der Post- und Lagerwirtschaft, Fahrzeugführung und in Reinigungsberufen. Diese Berufsgruppen zeichnen sich durch niedrige Anforderungen an Sprachkenntnisse oder andere nicht-routine interaktive Aufgaben aus. Die Beschäftigten aus den neuen EU-Ländern arbeiten im Vergleich zu Deutschen überproportional oft in solchen Berufsgruppen, die Fachkräftengpässe aufweisen (siehe Abbildung). Während ein knappes Drittel der sozialversicherungspflichtig-beschäftigten Deutschen in Berufsgruppen mit Fachkräftengpässen arbeitet, sind es bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den EU-8- und EU-2-Ländern rund 43 Prozent. Damit tragen Beschäftigte aus diesen EU-Mitgliedstaaten tendenziell zu einer Entlastung des deutschen Arbeitsmarkts bei.

BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR IN DEUTSCHLAND



Top 5 Berufsgruppen für SV Beschäftigte aus EU-8 + EU-2



MEHR SARS-COV-2-INFEKTIONEN NACH GROSSDEMOS GEGEN CORONASCHUTZMASSNAHMEN

- ➔ Proteste gegen Pandemieschutzmaßnahmen ließen Infektionszahlen in den Heimatorten der Demonstrierenden stark ansteigen

Zwei Großdemonstrationen, auf denen zehntausende Menschen gegen geltende Corona-Maßnahmen protestierten, sorgten im November 2020 für bis zu 21.000 zusätzliche SARS-CoV-2-Infektionen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW und der Humboldt-Universität zu Berlin, die in der internationalen Fachzeitschrift Health Economics veröffentlicht wurde. Die Autoren analysieren dabei die Infektionslage vor und nach zwei Großdemonstrationen in Leipzig und Berlin, die bis zu 45.000 Teilnehmende verzeichneten. Die Demonstrierenden hielten sich bei diesen Veranstaltungen in der Regel nicht an die geltenden Hygieneauflagen wie das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und das Einhalten eines Mindestabstands zu anderen.

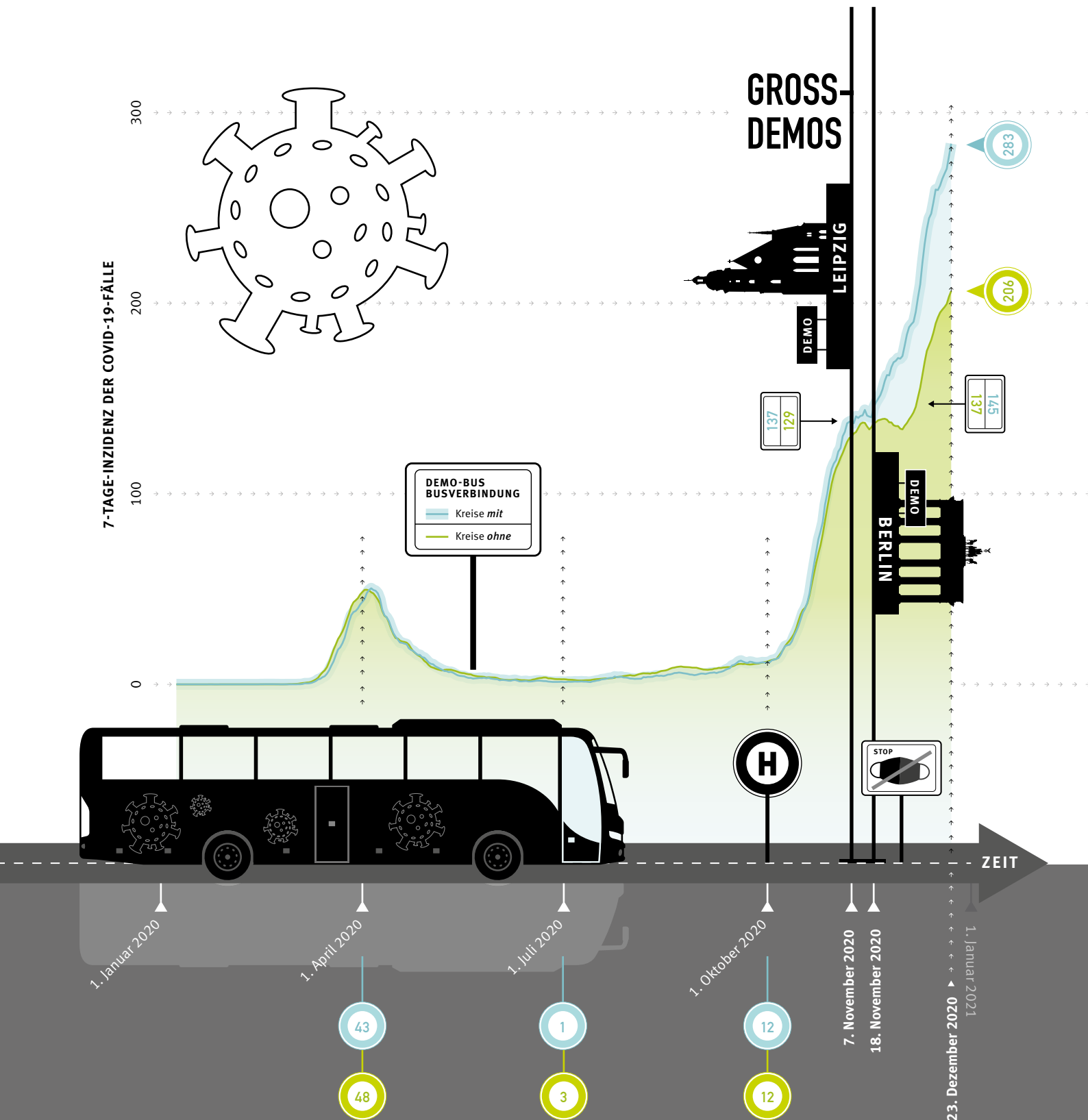
Anhand von Daten über Busverbindungen von Busgesellschaften, die sich auf den Transport von Demonstrierenden zu diesen Großveranstaltungen spezialisiert haben, ermittelten die Forscher die Abfahrtsorte der Demonstrierenden. Anhand dieser Orte wird in der Studie das Infektionsgeschehen vor und nach den Demonstrationen zwischen Regionen verglichen, die solche Busverbindungen haben, gegenüber Regionen, die keine solche Anbindung besitzen.

Die Abbildung zeigt die Sieben-Tage-Inzidenz von SARS-CoV-2-Infektionen für Orte mit und ohne einer Busverbindung zu den Großdemonstrationen. Nach dem Abschluss der mittleren Inkubations- und Meldezeit für Neuinfektionen von ungefähr zehn Tagen ist bereits eine höhere Infektionsdynamik in den Heimatregionen der Protestteilnehmenden zu erkennen. In der Studie wird auf weitere Einflussfaktoren kontrolliert und der in der Grafik dargestellte Unterschied so bereinigt, dass die verbleibenden Mehrinfektionen in den Regionen mit Busverbindungen zu den Großdemonstrationen auf die Teilnahme an den Protesten zurückgeführt werden kann.

STUDIE

„Spreading the Disease: Protest in Times of Pandemics“
www.zew.de/PU83546

SIEBEN-TAGE-INZIDENZ FÜR ORTE MIT UND OHNE BUSVERBINDUNG ZU DEN GROSSDEMONSTRATIONEN



DIGITALE ÖKONOMIE



LEITUNG

➔ Prof. Dr. Irene Bertschek

STELLVERTRETUNG

➔ Dr. Dominik Rehse

LEITUNG

NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE
DESIGN DIGITALER MÄRKTE

➔ Dr. Dominik Rehse

SCHWERPUNKTE

- ➔ Diffusion digitaler Technologien
- ➔ Digitalisierung und Unternehmensstrategien
- ➔ Digitale Plattformen
- ➔ Design digitaler Märkte



DIGITALE TRANSFORMATION ALS STROMFRESSER?

- Zusätzlicher Strombedarf überschattet das Energieeinsparpotenzial von IKT-Technologien in Unternehmen
- Energieverbrauch kleiner Unternehmen steigt stärker als der großer Unternehmen

Das verarbeitende Gewerbe ist laut der Internationalen Energieagentur für 26 Prozent der CO₂-Emissionen und 38 Prozent des Energieverbrauchs weltweit verantwortlich. Das Einsparungspotenzial ist also enorm hoch. Neue digitale Technologien, wie intelligente Sensoren und Weiterentwicklungen in der Datenanalyse, bieten jedoch die Möglichkeit, Energie und Ressourcen in der Produktion effizienter zu nutzen. Allerdings verbrauchen Informations- und Kommunikationstechnologien auch Energie. Eine Analyse des ZEW und der Universität Göttingen von mehr als 28.700 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes liefert neue Erkenntnisse zur Beziehung zwischen digitalen Technologien und Veränderungen im Energieverbrauch.

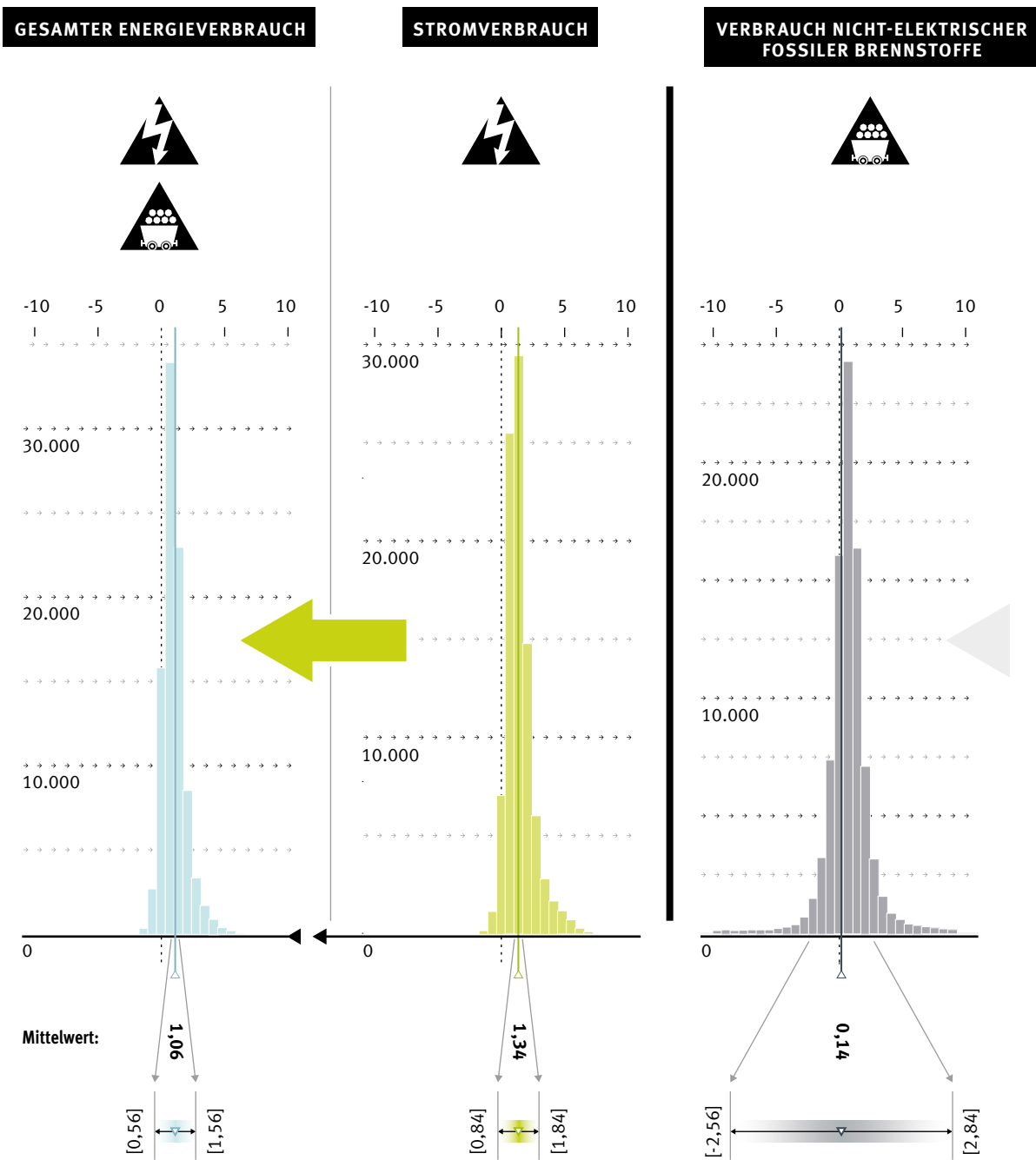
Die Studie zeigt, dass sich Veränderungen im Energieverbrauch beim zunehmenden Einsatz von digitalen Technologien zwischen Unternehmen stark unterscheiden. Im Durchschnitt steigt der Energieverbrauch um 1,03 Prozent. Der Stromverbrauch nimmt sogar um 1,34 Prozent zu. Die nicht-elektrische Nutzung fossiler Brennstoffe hingegen ändert sich nicht signifikant. Die Ergebnisse legen also nahe, dass der Gesamtanstieg des Energieverbrauchs auf eine verstärkte Nutzung von Strom zurückzuführen ist.

Die Analyse zeigt zudem, dass im Durchschnitt in kleinen und mittleren Unternehmen in strukturschwachen Regionen der Energieverbrauch stärker steigt als in großen Unternehmen in wirtschaftlich starken Regionen. Dieses Ergebnis hat hohe politische Relevanz. Strukturelle Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen und jene in strukturschwachen Regionen können mit einer Senkung des Energieverbrauchs dieser Unternehmen – nach dem jetzigen Stand der Forschung – im Zielkonflikt stehen.

STUDIE

„What Drives the Relationship Between Digitalization and Industrial Energy Demand?
Exploring Firm-Level Heterogeneity“
www.zew.de/PUB3816

**VERTEILUNG DER GESCHÄTZTEN ÄNDERUNG IM ENERGIEVERBRAUCH
(IN PROZENT)**



Im Durchschnitt steigt der Energieverbrauch um 1,03 Prozent. Der Stromverbrauch nimmt sogar um 1,34 Prozent zu. Die nicht-elektrische Nutzung fossiler Brennstoffe hingegen ändert sich nicht signifikant. Die Ergebnisse legen also nahe, dass der Gesamtanstieg des Energieverbrauchs auf eine verstärkte Nutzung von Strom zurückzuführen ist.

Mittelwert ▶ ▶ ▶

[95%-Konfidenzintervall ↔]

QUELLE: Amtliche Statistik, Berechnungen des ZEW, 2022.

DIGITALE START-UPS VERHELFFEN UNTERNEHMEN OFT ZU INNOVATIONEN

- ➔ Etablierte Unternehmen erhoffen sich von Kooperationen Innovationen und Zugang zu technologischem Wissen
- ➔ Häufig fehlt es an Informationsangeboten für mehr Kooperationen

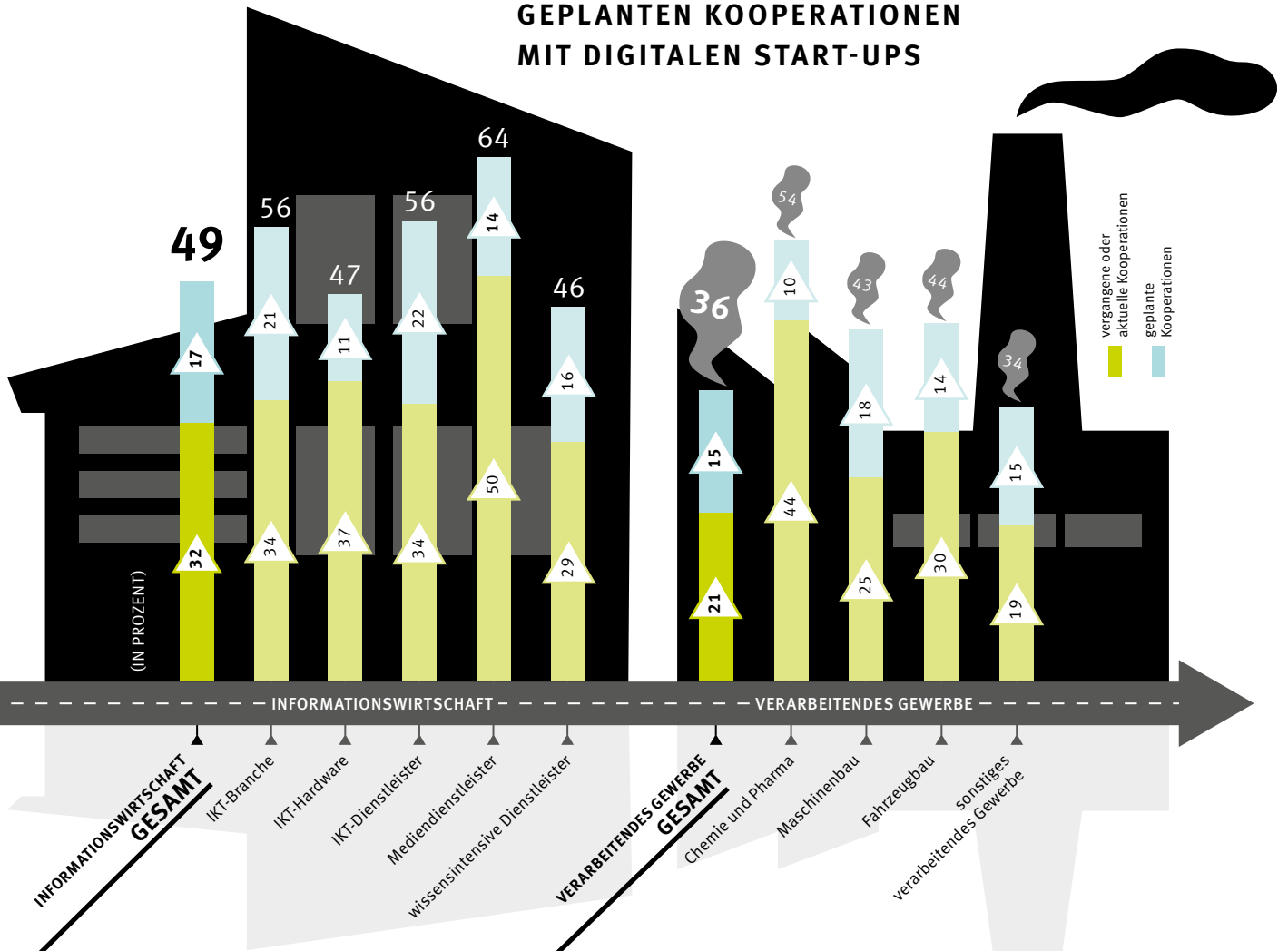
Die Kombination der Markterfahrung und Finanzkraft etablierter Unternehmen mit der Agilität und dem technologischen Know-how digitaler Start-ups birgt vielfältige Potenziale sowie einige Herausforderungen. Eine repräsentative Unternehmensbefragung des ZEW zeigt, dass jedes dritte Unternehmen in der Informationswirtschaft und jedes fünfte im verarbeitenden Gewerbe aktuell mit digitalen Start-ups kooperiert oder dies in der Vergangenheit getan hat. In der Umfrage wurden mehr als 1.200 Unternehmen in diesen Branchen zu Umfang, Motiven und Hindernissen der Kooperation etablierter Unternehmen mit digitalen Start-ups befragt.

Demnach erhoffen sich Unternehmen, in Zusammenarbeit mit digitalen Start-ups neue Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln oder vorhandene zu verbessern. Etablierte Unternehmen wollen Zugang zu Wissen, Technologien oder Software. In den meisten Fällen erreichen Unternehmen durch die Kooperationen zumindest einen Teil der gesteckten Ziele. Es konnten etwa Produkte oder Dienstleistungen verbessert oder neue geschaffen werden. Umgekehrt sehen etwa 60 Prozent der Unternehmen keine geeigneten Projekte für eine Kooperation. Zudem ist nach Angaben von etwa der Hälfte der Unternehmen der Mehrwert einer Kooperation ungewiss oder es besteht Unsicherheit in Bezug auf Reife, Zuverlässigkeit oder Überlebenswahrscheinlichkeit des Start-ups. Mehr Informationsangebote oder Networking-Veranstaltungen können daher helfen, geeignete Kooperationspartner zusammenzubringen.

GUTACHTEN

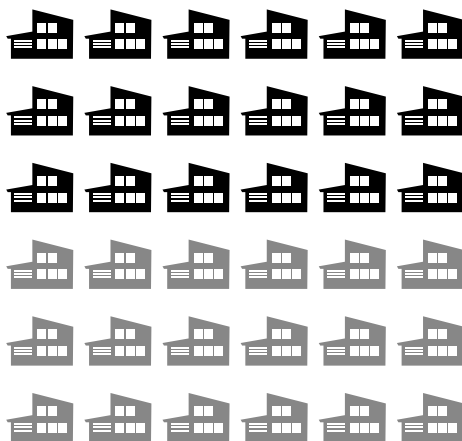
„Schwerpunktstudie Kooperationen mit digitalen Start-ups: Die Sicht etablierter Unternehmen“
www.zew.de/PU83756.pdf

ANTEIL DER UNTERNEHMEN MIT VERGANGENEN, AKTUELLEN ODER GEPLANTEN KOOPERATIONEN MIT DIGITALEN START-UPS

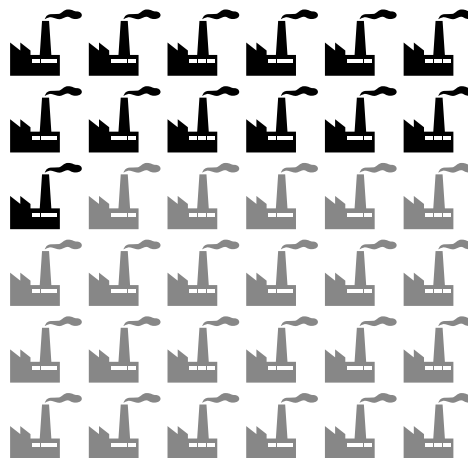


49%

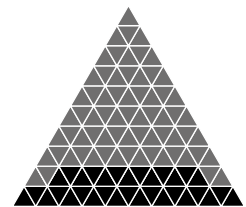
36%



etwa jedes 2. Unternehmen in der Informationswirtschaft



etwa jedes 3. im verarbeitenden Gewerbe



32%

... der Unternehmen in der Informationswirtschaft kooperieren aktuell oder kooperierten in der Vergangenheit mit digitalen Start-ups.

QUELLE: ZEW-Konjunkturumfrage Informationswirtschaft, 2. Quartal 2022.

INNOVATIONS- ÖKONOMIK UND UNTERNEHMENS- DYNAMIK



LEITUNG

- ➔ Prof. Dr. Hanna Hottenrott
(seit 01.04.2023)
- ➔ Dr. Georg Licht
(bis 30.06.2023)

STELLVERTRETUNG

- ➔ Prof. Dr. Bettina Peters
- ➔ Dr. Christian Rammer

**LEITUNG
NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE**

- WETTBEWERB UND INNOVATION
- ➔ Prof. Dr. Bernhard Ganglmair

SCHWERPUNKTE

- ➔ Innovationsprozesse in Unternehmen
- ➔ Austauschprozesse Wirtschaft-Wissenschaft
- ➔ Intellektuelles Eigentum
- ➔ Unternehmensgründungen und -schließungen
- ➔ Fusionen und Übernahmen
- ➔ Wettbewerb und Innovation

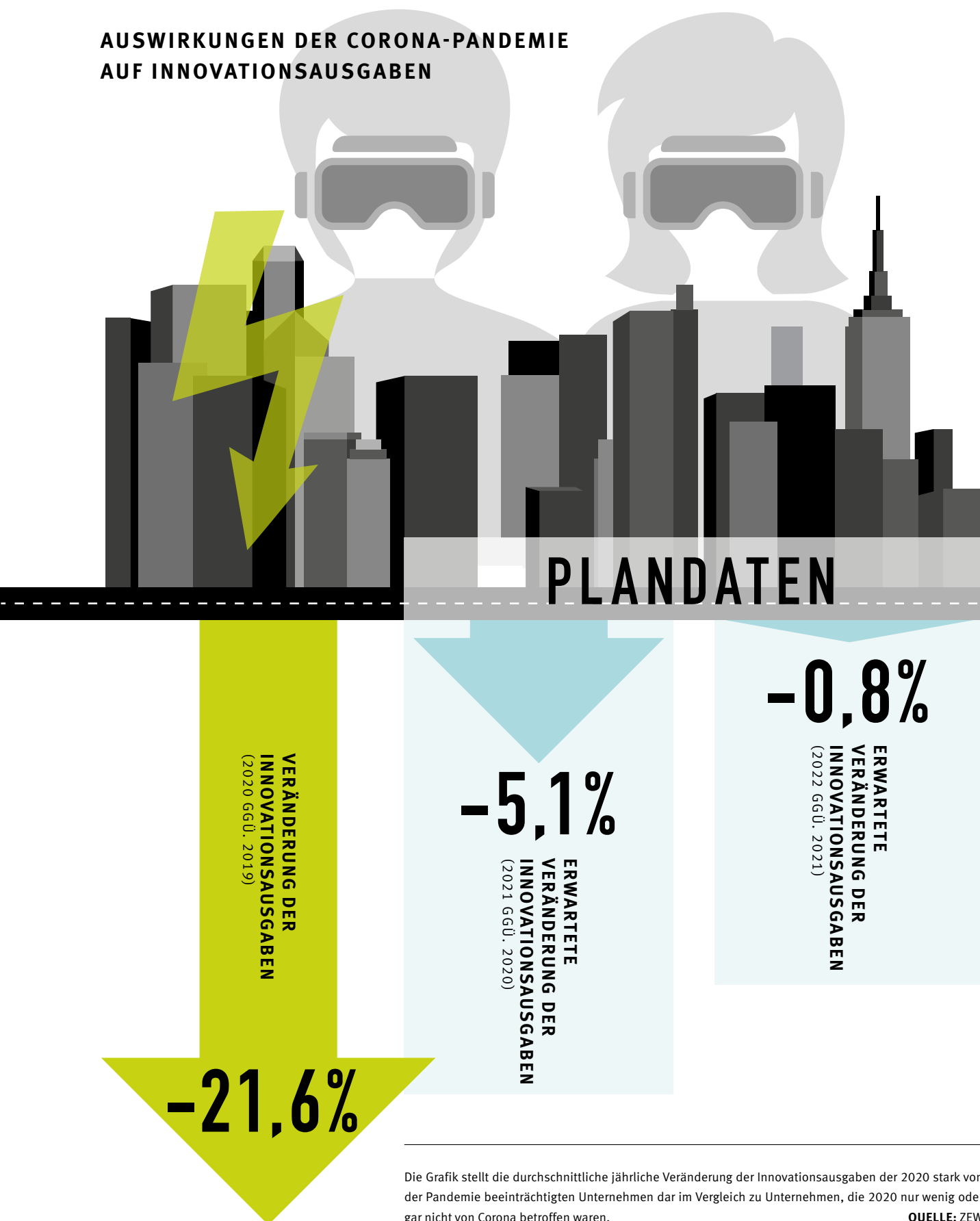
AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE: DAS DEUTSCHE INNOVATIONSSYSTEM LEIDET UNTER LONG-COVID

- Corona-Pandemie führt zu kurz- und längerfristigen Rückgängen der Innovationsausgaben
- Stärker digitalisierte Unternehmen widerstandsfähiger in der Krise

Der Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang 2020 traf Volkswirtschaften weltweit unerwartet und führte zu einer tiefen Rezession. Um in Krisenzeiten zu bestehen, müssen Unternehmen ihre Geschäftsstrategien anpassen. Vergangene Krisen haben gezeigt, dass Unternehmen in der Rezession aufgrund geringerer Nachfrage und fehlender Liquidität weniger für Innovationen ausgeben. Im Falle der Corona-Pandemie dürfte der Rückgang der Innovationsausgaben sogar noch deutlicher sein, da diese von Besonderheiten wie verstärktes Homeoffice, unterbrochene Lieferketten und Arbeitskräftemangel aufgrund von Krankheit und Quarantänevorschriften begleitet war. Auf der anderen Seite haben die Corona-Restriktionen viele Unternehmen dazu gezwungen, neue Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle, beispielsweise Online-Angebote, zu entwickeln.

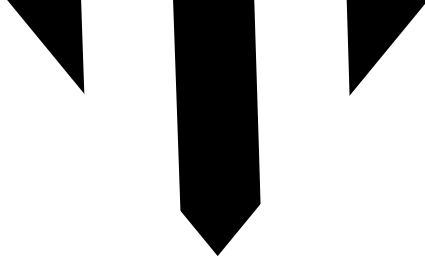
Basierend auf Daten des Mannheimer Innovationspanels für die Jahre 2019 bis 2022 untersucht eine ZEW-Studie im Rahmen des H2020-Projekts „GROWINPRO“ die kurz- und längerfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Innovationsausgaben deutscher Unternehmen. Sie nutzt zur Identifikation der Effekte aus, dass nicht alle Unternehmen gleichermaßen von der Pandemie betroffen waren. Die Studie zeigt, dass Unternehmen, die stark von Corona beeinträchtigt waren, ihre Innovationsausgaben um 21 Prozent mehr gesenkt haben als vergleichbare Unternehmen, die kaum betroffen waren. Unternehmen, die bereits vor der Krise stärker digitalisiert waren, erweisen sich dabei als widerstandsfähiger in der Krise. Ferner planen stark von Corona betroffene Unternehmen, auch 2021 und 2022 deutlich weniger für Innovationen auszugeben. Diese langfristigen COVID-Effekte hemmen eine baldige wirtschaftliche Erholung nach der Krise.

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF INNOVATIONS-AUSGABEN



Die Grafik stellt die durchschnittliche jährliche Veränderung der Innovationsausgaben der 2020 stark von der Pandemie beeinträchtigten Unternehmen dar im Vergleich zu Unternehmen, die 2020 nur wenig oder gar nicht von Corona betroffen waren.

QUELLE: ZEW



MEHR GRÜNE PRODUKTINNOVATIONEN DURCH UMWELTORIENTIERTE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG

- ➔ Grüne öffentliche Beschaffung hat einen hohen Stellenwert in der europäischen Politik
- ➔ Insbesondere KMUs führen dadurch umweltfreundlichere Produkte ein

Das öffentliche Beschaffungswesen hat aufgrund seiner großen Nachfragen einen signifikanten Einfluss auf das Angebot von Unternehmen. Im Jahr 2017 lag der Anteil der öffentlichen Beschaffung am Bruttoinlandsprodukt der EU beispielsweise bei 16 Prozent. In den vergangenen Jahren wurden zunehmend öffentliche Aufträge gezielt umweltorientiert vergeben. Diese gezielte öffentliche Vergabe soll bei den Unternehmen Innovationen anregen.

Eine ZEW-Studie betrachtet, welche Auswirkungen eine grüne öffentliche Beschaffung auf Umweltinnovationen von Unternehmen hatte. Als Umweltinnovation wird dabei die Einführung neuer oder deutlich verbesserter Produkte oder Prozesse betrachtet, die aus Umweltsicht vorteilhaft sind verglichen mit dem gewohnten Wirtschaften eines Unternehmens.

Es zeigt sich, dass der Zuschlag bei grünen öffentlichen Ausschreibungen in den Unternehmen mit einer um 20 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, umweltfreundlichere Produkte einzuführen. Auf die Einführung umweltfreundlicher Prozesse, etwa in der Produktion, hat die öffentliche Auftragsvergabe hingegen keinen signifikanten Einfluss. Eine Unterteilung nach Größenklassen zeigt des Weiteren, dass vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen durch eine grüne öffentliche Beschaffung beeinflusst werden. Den Zuschlag zu grünen Aufträgen der öffentlichen Hand zu erhalten, steigert bei ihnen die Wahrscheinlichkeit, umweltfreundlichere Produkte einzuführen, um 25 Prozentpunkte. Damit bestätigt die Studie, dass ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen als nachfrageseitige Innovationspolitik insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen wirksam ist.

STUDIE

„Does Green Public Procurement Trigger Environmental Innovations?“
www.zew.de/PU82817

VERÄNDERUNG DER WAHRSCHEINLICHKEIT ZUR EINFÜHRUNG UMWELTFREUNDLICHERER PRODUKTE UND DIENSTLEISTUNGEN DURCH UNTERNEHMEN

+20%

GRÜNER ÖFFENTLICHER
BESCHAFFUNGS-AUFTRAG

EMISSIONSFREIE FÄHRE „MF AMPERE“

KAPAZITÄT

 120

 360

DISTANZ

 6 KM
(in 20 Minuten)

TREIBSTOFFKOSTENEINSPARUNG

60%

NICHT-GRÜNER
ÖFFENTLICHER
BESCHAFFUNGS-
AUFTRAG

-6%

Die Grafik illustriert die Veränderung der Wahrscheinlichkeit eines Unternehmens, umweltfreundlichere Produkte und Dienstleistungen einzuführen, nachdem das Unternehmen (1) einen öffentlichen Beschaffungsauftrag mit Umweltkriterien gewonnen hat (+20 Prozentpunkte) und (2) nachdem es einen öffentlichen Beschaffungsauftrag ohne Umweltkriterien gewonnen hat (-6 Prozentpunkte).

MARKTDESIGN





LEITUNG

→ Prof. Dr. Vitali Gretschko

STELLVERTRETUNG

→ Dr. Marion Ott

SCHWERPUNKTE

- Auktionen
- Matching-Märkte
- Allokationsverfahren
- Verhaltensökonomik



NOBELPREISTRÄGER ZU GAST BEI INTERNATIONALEM MARKTDESIGN-WORKSHOP

- Lebendiger akademischer Austausch zu breitem Marktdesign-Themenspektrum
- Nobelpreisträger Paul Milgrom als Ehrengast mit Vortrag und Interview

Im Juni 2022 konnte der wegen Corona mehrmals verschobene 2. KIT-Paris-ZEW-Workshop zum Thema Marktdesign mit internationalen Teilnehmenden endlich stattfinden. In der zweitägigen Veranstaltung an der Pariser Universität Panthéon-Assas präsentierten insgesamt zwölf renommierte Forschende sowie herausragende Nachwuchstalente ihre Erkenntnisse und diskutierten die Ergebnisse. Der Marktdesignbereich des ZEW war als Mitorganisator zahlreich vertreten. Der lebendige akademische Austausch, bei dem Grundlagenforschung auf angewandte Theorie und experimentelle Forschung traf, machte den Workshop zu einem vollen Erfolg. Die thematische Spannweite erstreckte sich von Bewertungssystemen auf Marktplätzen, der Gestaltung von Crowdfunding-Mechanismen, der Ausgestaltung von Prüfungen mit dem Ziel, dass Prüflinge sich möglichst viel Wissen aneignen, und dem Einfluss von Algorithmen in Auktionen bis hin zu der besten Methode, Kinder zu gesünderer Ernährung zu motivieren.

Mit dabei war auch Paul Milgrom (Stanford University), dessen Wirtschaftsnobelpreis vor rund zwei Jahren die weltweite Aufmerksamkeit erneut auf Marktdesign lenkte. In seinem Vortrag berichtete er über die Erforschung neuer Auktionen. Deren Algorithmen-eigenschaften können zu besseren Investitionsanreizen im Vorfeld von Auktionen zur Verteilung knapper Ressourcen führen, wie etwa bei der Vergabe von Start- und Landerechten im Flugverkehr. Ziele und Möglichkeiten des Marktdesigns erläuterte Milgrom anschließend in einem aufgezeichneten Gespräch mit dem ZEW. Er illustrierte Herausforderungen und Lösungen anhand seines aktuellen Projekts zur Gestaltung von Märkten zum besseren Umgang mit der Wasserknappheit in Kalifornien.

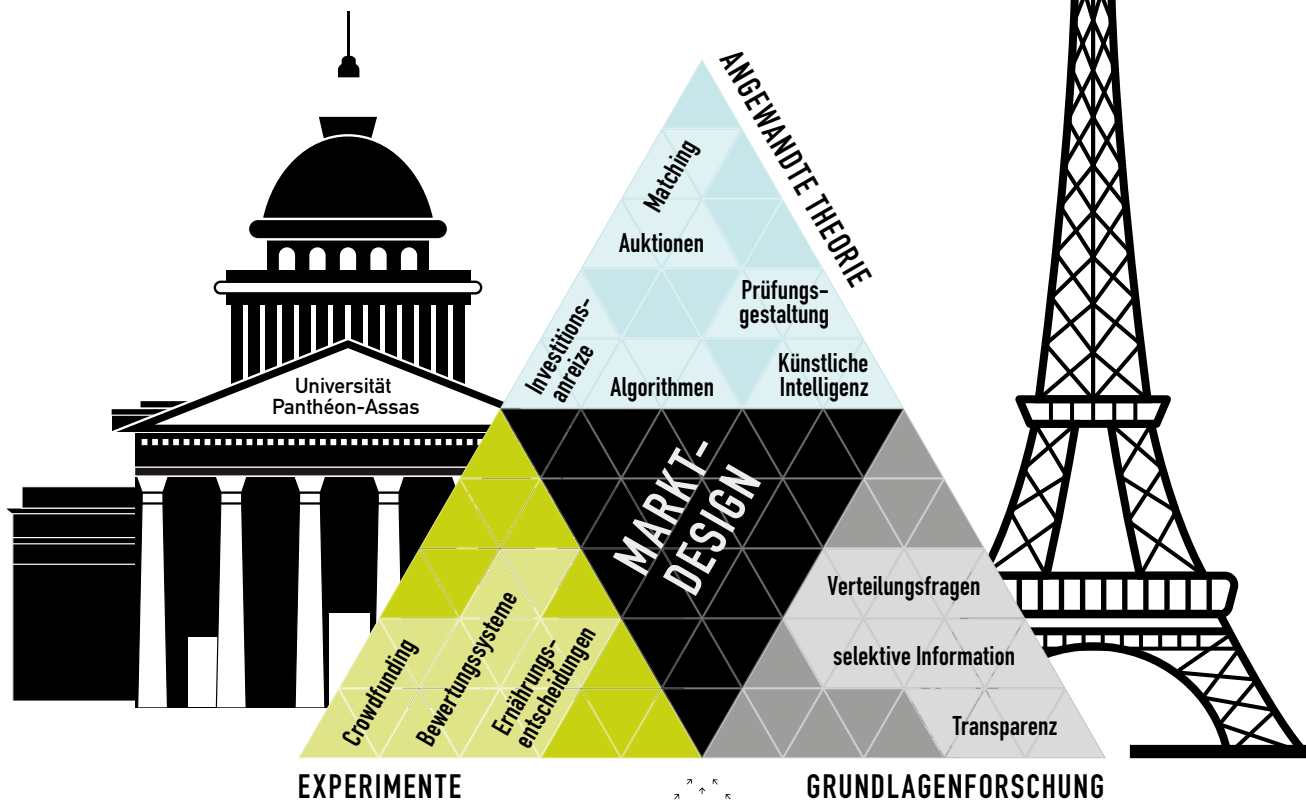
Der Workshop zeigte die Bedeutung des persönlichen Austauschs neben dem nun schon gewohnten virtuellen Austausch auf. Die dritte Auflage, die 2023 in Mannheim stattfinden wird, ist bereits in Planung.

INTERVIEW
<https://zewquote.podigee.io/23-neue-episode/>

JUNI 2022

2. KIT-PARIS-ZEW-WORKSHOP

FORSCHUNGSANSÄTZE ZUM THEMA MARKTDESIGN



PLAN: 2023

3. KIT-PARIS-ZEW WORKSHOP



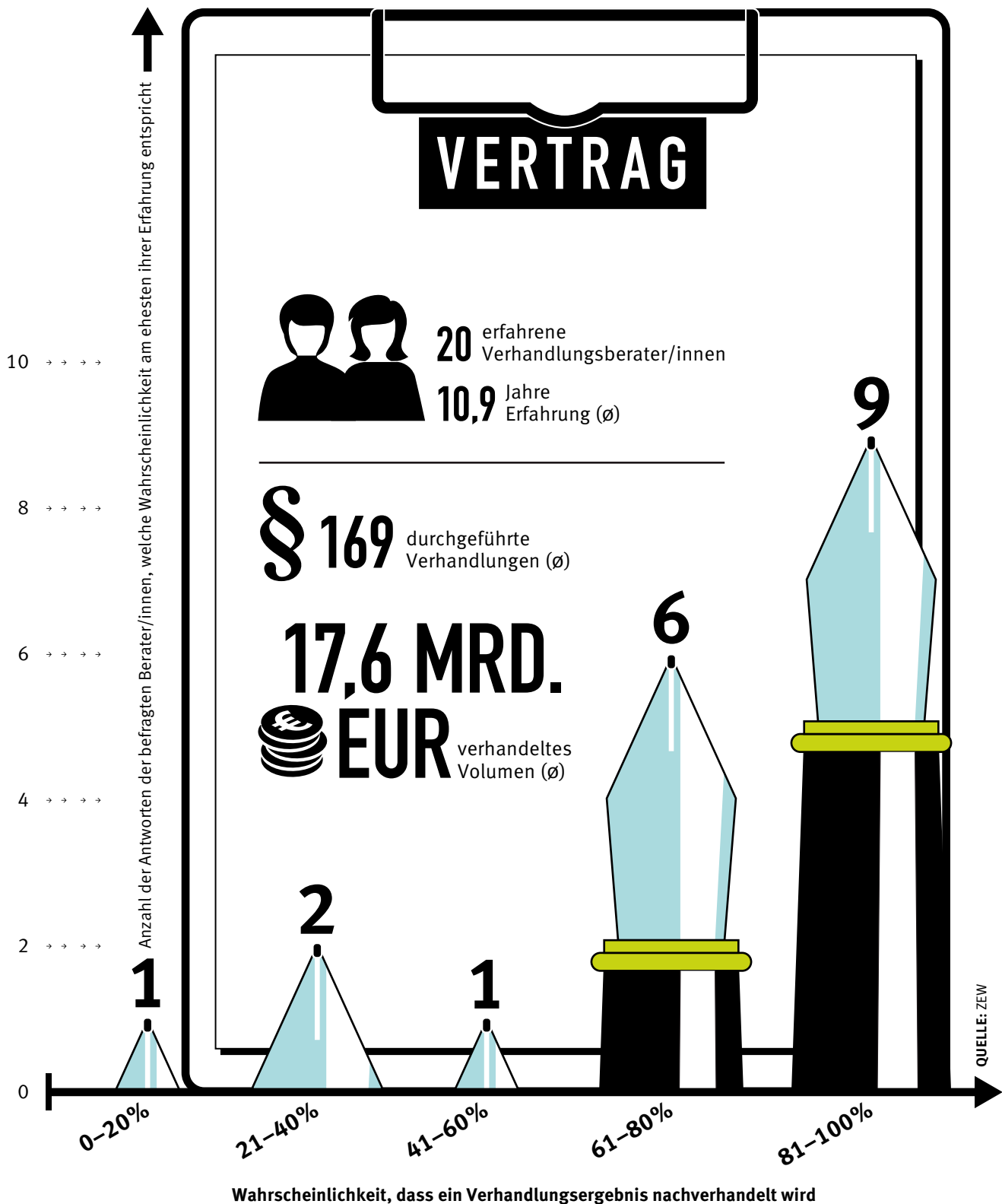


STABILE VERTRÄGE FASSEN VERTRAGSNEHMER IN KATEGORIEN ZUSAMMEN

- ➔ Vertragsnehmer werden häufig in Kategorien zusammengefasst
- ➔ Die bekannte Theorie der optimalen Verträge kann das nicht erklären
- ➔ Ein neues Stabilitätskonzept unter Nachverhandlung liefert eine mögliche Erklärung

In vielen Situationen, in denen Verträge den wirtschaftlichen Austausch regeln, werden Vertragsnehmer in Kategorien zusammengefasst. So teilen die meisten Beschaffungsorganisationen ihre Lieferanten in einfache Kategorien ein, Angestellte wiederum sind häufig in Gehaltsbänder eingeordnet und Versicherungsnehmer in Risikoklassen. Allerdings kann eine solche grobe Klasseneinteilung nicht immer durch Transaktionskosten erklärt werden. Die Vertragstheorie zeigt, dass auf individuelle Charakteristika zugeschnittene Verträge optimal sind, aber dafür sind oft private Informationen der Vertragsnehmer erforderlich. Da beispielsweise nur die Lieferanten ihre Kostenstruktur, nur die Angestellten ihre Produktivität und nur die Versicherungsnehmer ihr individuelles Risiko kennen, sind solche Verträge ineffizient, da sie nach Vertragsschluss nachverhandelt werden können. Diese Möglichkeit der Nachverhandlung untergräbt die Anreize für Vertragsnehmer, ihre privaten Informationen zu offenbaren. Wenn Verträge entworfen werden, müssen sie daher Anreize zur Offenlegung privater Informationen bieten. Der Forschungsbereich entwickelt daher ein neues theoretisches Konzept für stabile Verträge, d. h. Verträge, die nicht nachverhandelt werden. Sie zeigen, dass solche stabilen Verträge optimalerweise Vertragsnehmer in Kategorien zusammenfassen. Durch das Zusammenfassen in Kategorien werden die privaten Informationen des Einzelnen geschützt, trotzdem kann eine gewisse Segmentierung nach individuellen Charakteristika stattfinden. Die Studie wurde vom renommierten American Economic Review zur Überarbeitung eingeladen.

WIE HOCH IST DIE WAHRSCHEINLICHKEIT DER NEUVERHANDLUNG EINES VERTRAGS?



UMWELT- UND KLIMAÖKONOMIK





LEITUNG

→ Prof. Dr. Sebastian Rausch

STELLVERTRETUNG

→ Prof. Dr. Martin Kesternich
(bis 31.03.2023)

→ Prof. Kathrine von Graevenitz,
PhD

SCHWERPUNKTE

- Politikevaluierung
- Nachhaltiges Verhalten
- Internationale Kooperation
im Klimaschutz
- Klimafreundliche Energieversorgung

VERSACHLICHUNG DER DEBATTE UMDEN ATOMAUSSSTIEG

→ Prof. Dr. Sebastian Rausch ordnet aktuelle Forschungsergebnisse in Nature Climate Change ein

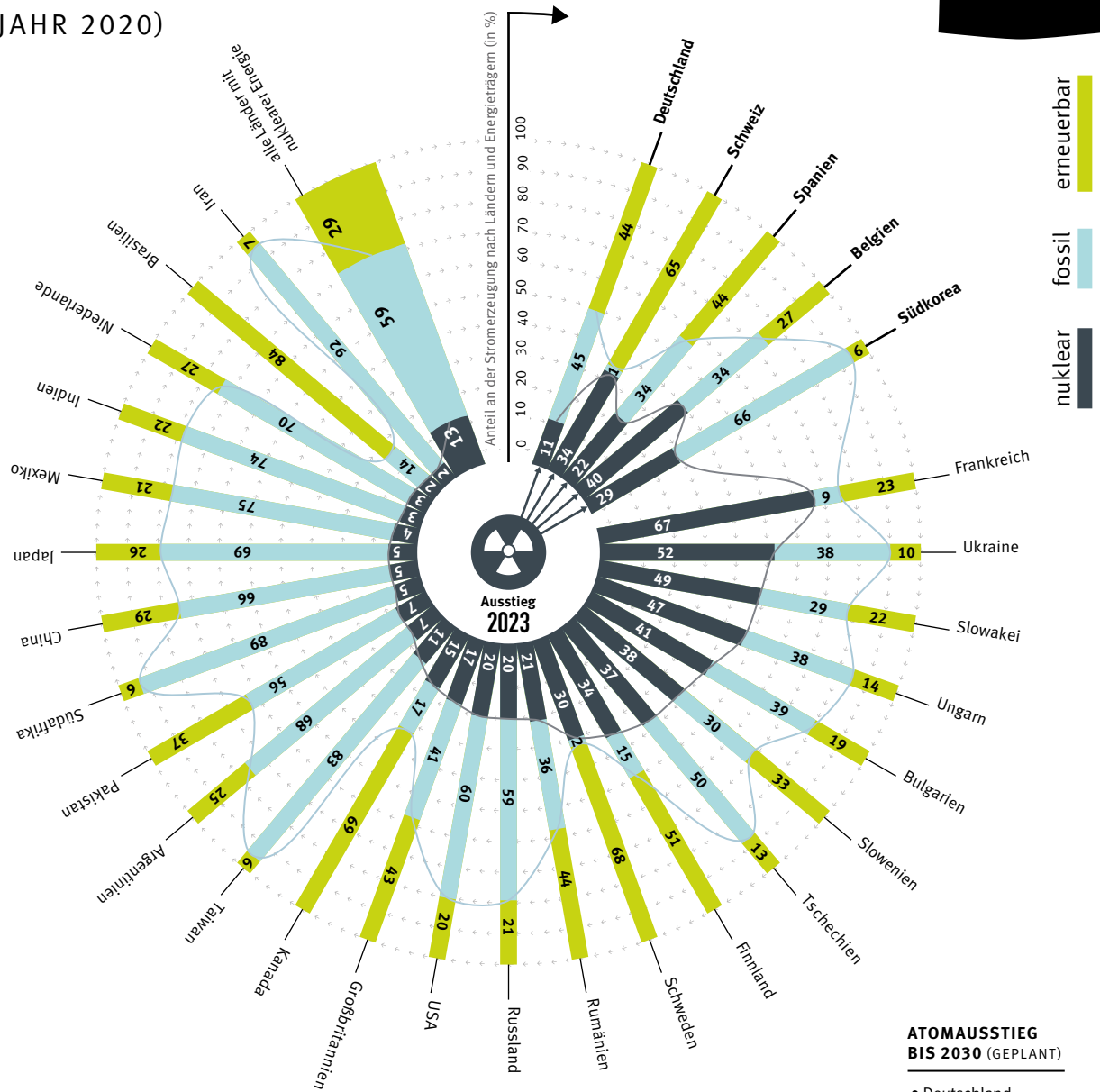
Im Umgang mit dem Klimawandel, der Luftverschmutzung und der Energiesicherheit stellt sich immer wieder die Frage, welche Rolle Kernenergie für die Energieerzeugung haben sollte. Deren Nutzung ist nicht zuletzt aufgrund der Gefahr nuklearer Unfälle und des Problems nuklearer Abfälle umstritten. Gleichzeitig erfährt Kernenergie als treibhausgasarme Form der Energiegewinnung Zuspruch.

Der schnelle deutsche Atomausstieg nach dem Unfall in Fukushima 2011 bietet eine Gelegenheit zur empirischen Untersuchung der Abkehr von der Kernenergie im großen Maßstab. Mit einer Kosten-Nutzen-Analyse werden die Auswirkungen konkreter politischer Maßnahmen quantifiziert, eine Vergleichbarkeit mit anderen politischen Optionen hergestellt und der deutsche Atomausstieg gegenüber einem kontrafaktischen Szenario bewertet, in dem weiter auf Kernkraft gesetzt wird. Dafür werden die entstehenden sozialen Kosten herangezogen, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzen: private Kosten, die sich auf die Veränderungen der Energieerzeugungskosten und der Nettostromimporte zurückführen lassen, sowie externe Kosten wie Gesundheitskosten, die beispielsweise durch lokale Luftverschmutzung infolge der zusätzlichen Nutzung fossiler Energieerzeugung zur Kompensation der Kernenergie entstehen. Diese Gesundheitsschäden machen laut einer aktuellen Studie fast zwei Drittel der sozialen Kosten des Atomausstiegs aus. Demgegenüber steht die Verringerung externer Kosten für die Lagerung des Atommülls und des atomaren Unfallrisikos durch den Atomausstieg.

Der Ausbau der fossilen Energieerzeugung war zum Zeitpunkt des deutschen Atomausstiegs dank der Überkapazitäten bei fossilen Kraftwerken billiger als der Zubau erneuerbarer Energien. Heute weisen regenerative Energiequellen niedrigere Stromerzeugungskosten auf als konventionelle, weshalb die hohen Gesundheitsschäden durch fossile Energieträger bei künftigen Atomausstiegen wahrscheinlich geringer sein werden. Der Schwerpunkt der Bewertung wird daher eher auf der Abfalllagerung und dem Risiko von Nuklearunfällen als auf der Luftverschmutzung liegen. Die Energiesicherheit wird weiterhin wichtig sein, aber aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien als Argument für die Beibehaltung der Kernkraft an Bedeutung verlieren.

STUDIE
„Assessing Nuclear Phase-Out“
www.zew.de/PU83256

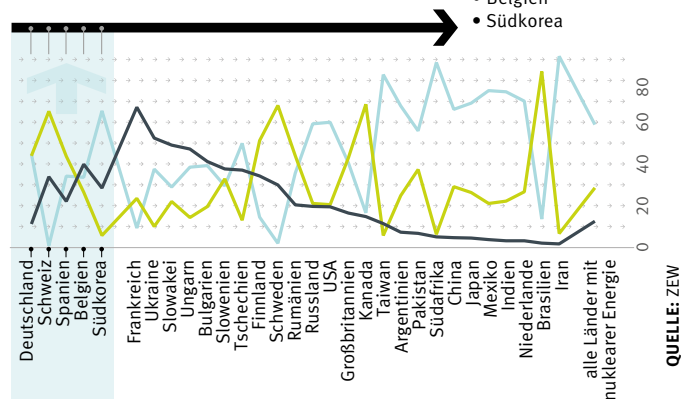
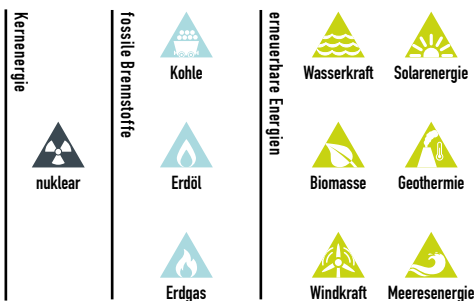
STROMMIX IN LÄNDERN MIT KERNENERGIE (IM JAHR 2020)



ATOMAUSSTIEG BIS 2030 (GEPLANT)

- Deutschland
- Schweiz
- Spanien
- Belgien
- Südkorea

ENERGIETRÄGER ZUR STROMERZEUGUNG





WIE DER GASVERBRAUCH VON HAUSHALTEN UND UNTERNEHMEN GESENKT WERDEN KANN

- Echtzeitabrechnungen können Haushalten beim Energiesparen helfen
- Steigende Preise erfordern Umstellung im Produktionsverfahren von Unternehmen

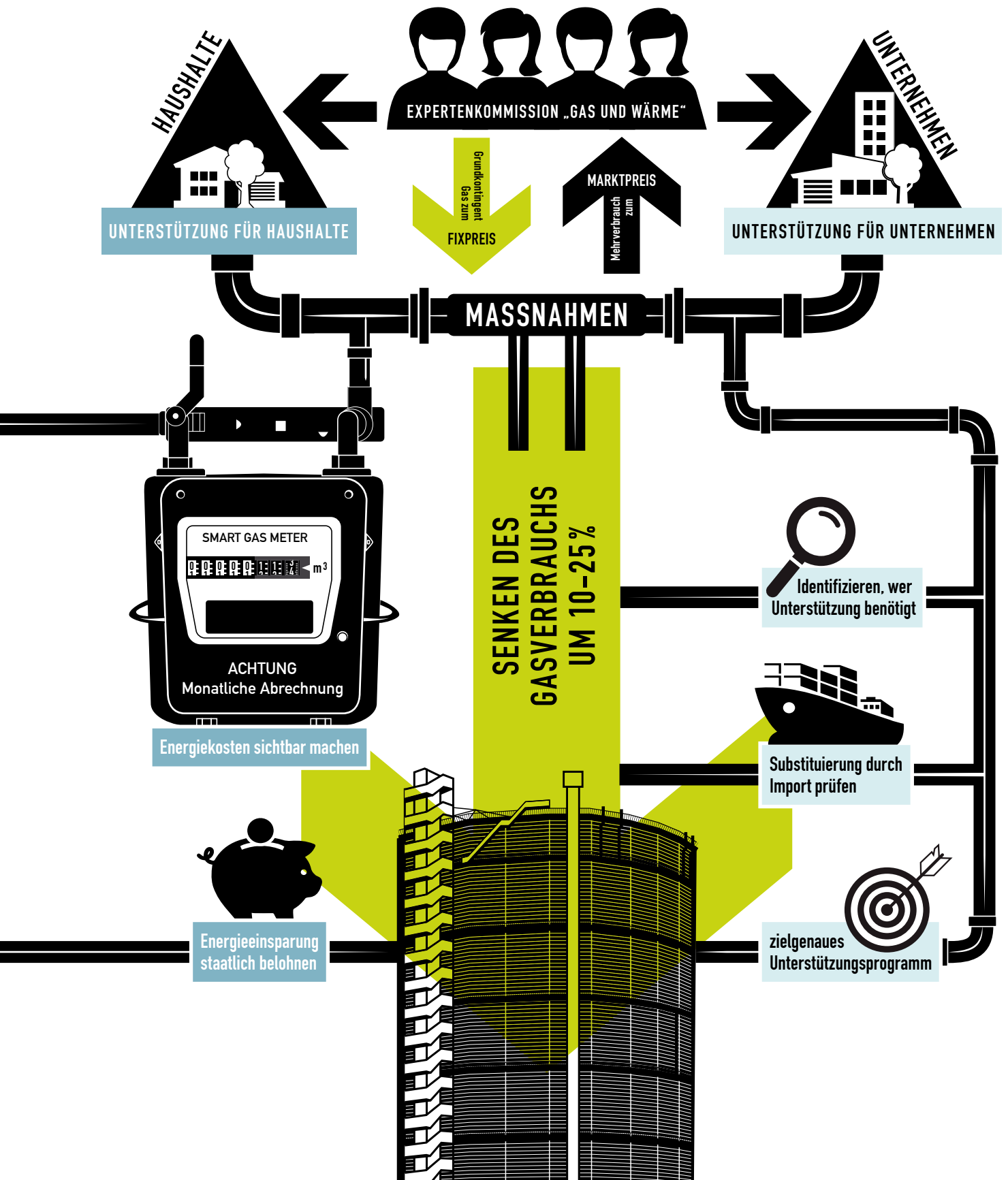
Deutschland musste im Winter 2022/23 aufgrund des völligen Gaslieferstopps Russlands seinen Gasverbrauch stark zurückfahren. Auch jetzt noch gilt es, den Gasspeicherstand fest im Auge zu behalten, damit sich keine Versorgungsengpässe auftun. Um Anreize zum Gas- und Stromsparen zu geben, sollten die Preise nicht gesenkt werden, Haushalte und Unternehmen sollten pauschal, also unabhängig vom aktuellen Verbrauch unterstützt werden. Die Expertenkommission Gas und Wärme schlägt daher vor, den Verbrauch eines Grundkontingents zu einem Fixpreis zur Verfügung zu stellen, während für den darüber hinausgehenden Verbrauch Marktpreise bezahlt werden müssen. So soll der Anreiz erhalten bleiben, Gas einzusparen. Forscherinnen und Forscher des ZEW ordnen ein, welche unterstützenden Maßnahmen greifen, damit Unternehmen und Haushalte den Gasverbrauch weiter reduzieren.

Für Haushalte liegt eine der zentralen Herausforderungen in der Tatsache, dass sich die massiv gestiegenen Preise für Gas und Strom aufgrund der jährlichen Abrechnungspraxis nur stark verzögert in den Rechnungen niederschlägt. Die wahren Kosten des Energieverbrauchs werden damit erst später sichtbar, was eine angemessene aktuelle Reaktion erschwert.

Auf der Seite der Unternehmen macht der Energiekostenanteil zwar nur zwei bis drei Prozent der Gesamtkosten aus, die Preissteigerung des letzten Jahres gehen jedoch weit über historisch beobachtete Werte hinaus und erfordern Anpassungen im Produktionsverfahren. Für die Entwicklung von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen ist es entscheidend zu differenzieren, inwiefern Unternehmen die gestiegenen Energiekosten selbst tragen oder sie an ihre Endkunden weitergeben können.



MASSNAHMEN ZUR SENKUNG DES GASVERBRAUCHS



UNTERNEHMENS- BESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT





LEITUNG

→ Prof. Dr. Friedrich Heinemann

STELLVERTRETUNG

→ Dr. Zareh Asatryan

→ Jun.-Prof. Dr. Katharina Nicolay

SCHWERPUNKTE

- Steuerliche Standortanalysen
- Empirische Wirkungen der Unternehmensbesteuerung
- Europäische Fiskalinstitutionen
- Steuer- und Verschuldungspräferenzen
- Öffentliche Beschaffung

WIE WIRKT SICH AUSTERITÄT AUF DIE UMVERTEILUNGSPOLITIK AUS?

- ➔ Nachweis des Einflusses von Austerität auf Verteilungspolitik
- ➔ Signifikante Erhöhung der Steuersätze für hohe Einkommen als Folge von Fiskalregel

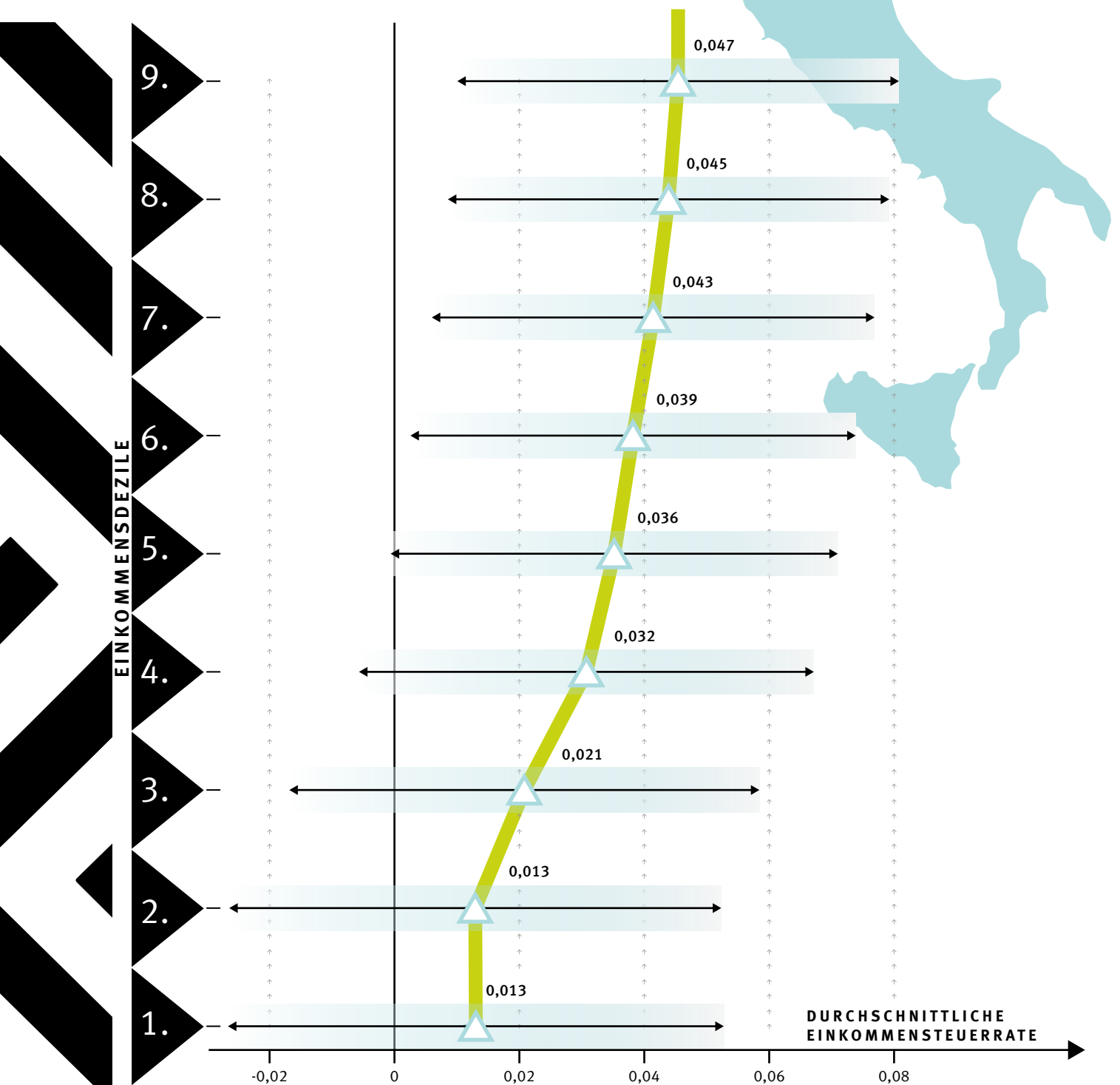
Als Reaktion auf Krisen wie die globale Finanzkrise 2007 – 2009 oder die Covid-19-Pandemie beschließen Regierungen häufig umfangreiche Konjunkturpakete. In den Folgejahren erfordert dies oft Sparmaßnahmen. Bislang gab es überwiegend anekdotische Belege für die Verteilungsfolgen solcher Austeritätsmaßnahmen, weshalb eine ZEW-Studie dieser Frage nachgeht. Genutzt werden Daten italienischer Kommunalverwaltungen, um den ersten quasi-experimentellen Nachweis für die Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die Verteilungspolitik zu erbringen. Italien eignet sich besonders gut für die Untersuchung dieser Forschungsfrage, da die italienischen Gemeinden bei der Festsetzung lokaler nichtlinearer Einkommensteuern über erhebliche Autonomie verfügen. Empirisch genutzt wird eine starke exogene Einschränkung des fiskalischen Spielraums der italienischen Gemeinden aufgrund der Einführung einer nationalen Fiskalregel im Jahr 2013, die die Anforderung des Stabilitätspakts auf zuvor ausgenommene Gemeinden ausgedehnt hat. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die lokalen Regierungen auf die Fiskalregel mit einer schrittweisen Erhöhung der Steuersätze reagierten. Der Anstieg der Steuersätze ist bei höheren Einkommen größer und wird nur für Steuerzahler/innen über dem Median des steuerpflichtigen Einkommens signifikant (siehe Abbildung). Die relativen Auswirkungen sind beträchtlich: Die Steuersätze für die Einkommensbezieher/innen im obersten Dezil der kommunalen Einkommensverteilung steigen im Vergleich zum Mittelwert der Stichprobe um 13 Prozent. Die Studie ist ein gutes Beispiel für die Verknüpfung von Themen der Fiskalpolitik und der Besteuerung im Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“.

STUDIE

„Austerity and Distributional Policy“

www.zew.de/PU81747

FISKALREGEL FÜHRT ZU SIGNIFIKANTER ERHÖHUNG DER EINKOMMENSTEUERSÄTZE OBERHALB DES MEDIAN-EINKOMMENS



QUELLE: ZEW

STUDIE

„How Do Investors Value the Publication of Tax Information?
Evidence from the European Public Country-By-Country Reporting“
www.zew.de/PU83798

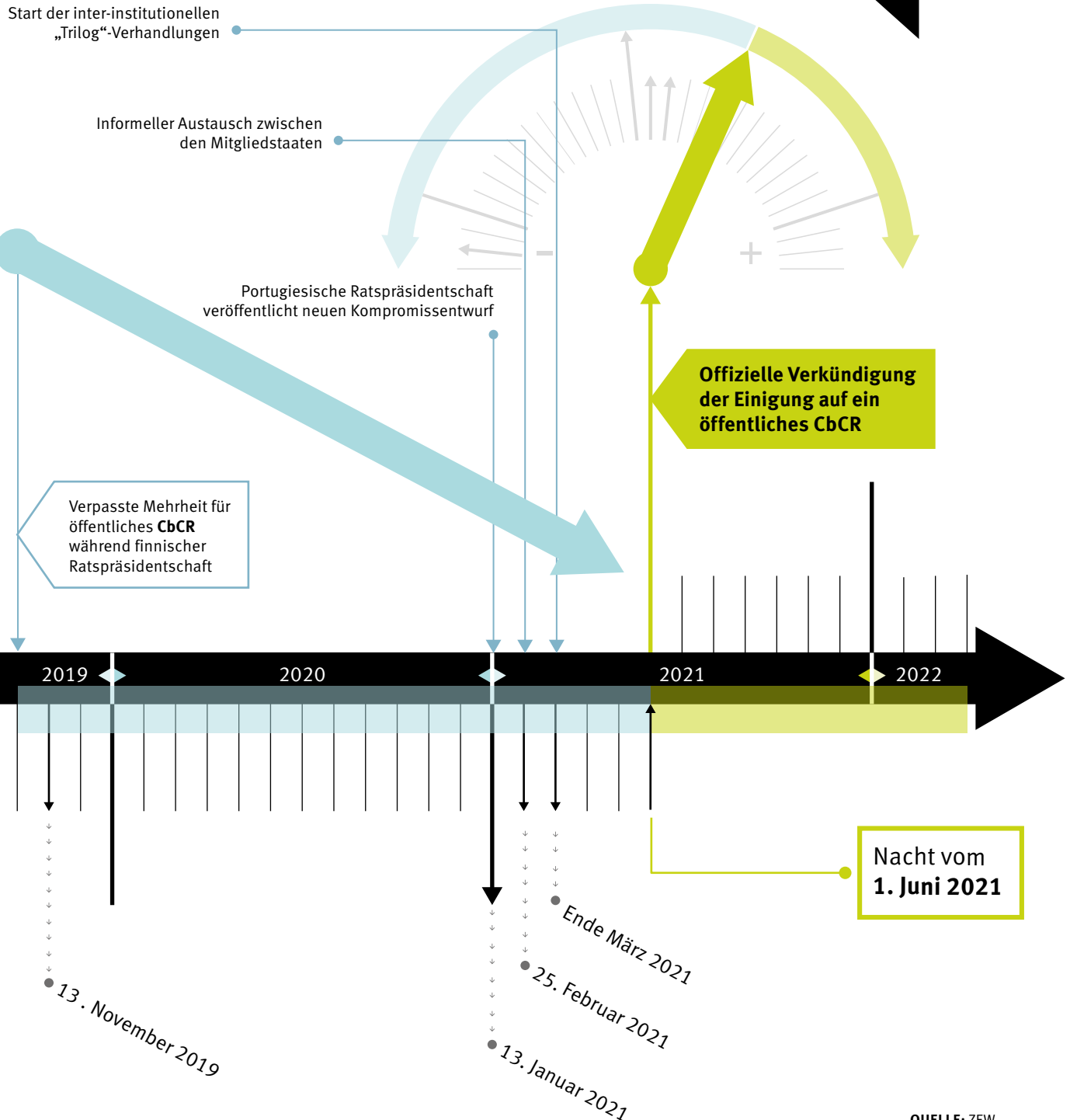
WIE BEWERTEN INVESTOREN DIE VERÖFFENTLICHUNG VON STEUERINFORMATIONEN?

- ➔ Eventstudie zur Ankündigung eines öffentlichen Country-by-Country-Reporting in der EU zeigt hohe Kursverluste
- ➔ Anleger bewerten Reputationsverluste und mögliche Wettbewerbsverzerrungen höher als Informationsgewinn

Komplementär zu umfassenden Maßnahmenpaketen der OECD und der Europäischen Kommission zur Eindämmung der Gewinnverlagerung multinationaler Unternehmen werden auch die Maßnahmen zur steuerlichen Transparenz immer weiter ausgedehnt. So kündigte die EU-Kommission am 1. Juni 2021 an, ein öffentliches steuerliches Country-by-Country-Reporting (CbCR) für große Unternehmen einzuführen. Dieser steuerpolitische Vorstoß kam unerwartet (siehe Abbildung), da lange das bereits bestehende vertrauliche CbCR stärker befürwortet wurde.

In Kooperation mit dem SFB Transregio 266 und der Universität Mannheim untersuchen ZEW-Forschende die Reaktion des Kapitalmarkts auf diese Ankündigung der EU mittels eines Eventstudiendesigns. Die Studie zeigt, dass die Ankündigung dieser Maßnahme zu signifikanten Kursverlusten der betroffenen Firmen geführt hat. So verzeichnete die kumulative durchschnittliche abnormale Rendite (CAAR) einen Rückgang von -0.699 Prozent, was sich in einem Geldwertverlust von rund 65 Mrd. Euro für bis zu drei Tage nach der Ankündigung niederschlägt. Dieses Ergebnis legt die Schlussfolgerung nahe, dass Anleger die Reputationsrisiken und potenzielle Wettbewerbsnachteile höher bewerten als die potenziellen Vorteile eines erweiterten Informationsumfelds. Dies zeigt sich auch in Querschnittstests, bei denen die durchschnittliche negative Anlegerreaktion bei Unternehmen mit höheren Reputationsrisiken und in kompetitiveren Wettbewerbsumfeldern ausgeprägter ist. Die Schlussfolgerungen der Studie sind nicht nur für die aktuelle Steuerpolitik in der EU von besonderer Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf aktuelle Debatten über ähnliche Offenlegungsvorschriften (insbesondere in den Vereinigten Staaten).

ZEITLICHE ABFOLGE DES STEUERPOLITISCHEN EINIGUNGSPROZESSES AUF EIN ÖFFENTLICHES CbCR



GESUNDHEITS- MÄRKTE UND GESUNDHEITSPOLITIK





LEITUNG
→ Dr. Simon Reif

SCHWERPUNKTE

- Digital Health
- Marktstrukturen im Gesundheitswesen
- Vergütung von Gesundheitsleistungen

„REAL-WORLD-DATEN“ ZUR BEWERTUNG DIGITALER GESUNDHEITS-APPS

- ➔ Digitale Gesundheitsanwendungen werden immer häufiger verwendet
- ➔ Real-World-Daten bieten großes Potenzial, die Einführung solcher Anwendungen evidenzbasiert zu begleiten

Viele Patientinnen und Patienten nutzen schon jetzt Gesundheits-Apps, die sie z. B. dabei unterstützen, ihre Arzneimittel regelmäßig einzunehmen oder ihre Blutzuckerwerte zu dokumentieren. Im Jahr 2019 wurde in Deutschland das Digitale-Versorgung-Gesetz verabschiedet, das u. a. einen „Fast-Track“-Regulierungs- und Erstattungspfad für sogenannte Apps auf Rezept vorsieht. Hierbei wird die Art und Weise, wie Nachweise für den Nutzen der neuen digitalen Produkte vorgelegt werden können, breit definiert. Insbesondere soll die Verwendung von sogenannten „Real-World-Daten“, entweder Prozessdaten, zum Beispiel aus den Abrechnungen der Krankenkassen, oder digital erhobenen Parametern wie Blutdruck oder Lebensqualität, ermöglicht werden. Diese Daten zur Evaluation von Gesundheitsanwendungen werden in der Praxis allerdings noch selten genutzt. Vor diesem Hintergrund haben der Health Innovation Hub des deutschen Bundesministeriums für Gesundheit und die Digital Medicine Society eine Reihe von Diskussionsrunden einberufen, um internationale Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der Evidenzgenerierung für digitale Medizinprodukte, u. a. aus dem ZEW, zusammenzubringen. Ziel war, (1) innovative Ansätze zur Bewertung digitaler Medizinprodukte zu beschleunigen und zu fördern und (2) die internationale Harmonisierung der besten Ansätze voranzubringen.

Die Expertinnen und Experten identifizierten neun Themenbereiche (siehe Abbildung), in denen wissenschaftlicher sowie regulatorischer Handlungsbedarf besteht. Priorisierte Arbeit an den Handlungsfeldern wird zukünftig eine breitere Verwendung von Real-World-Daten ermöglichen – ein wichtiger Baustein für die sichere, wirksame und evidenzbasierte Einführung von digitalen Gesundheitsanwendungen und für deren Akzeptanz in der Bevölkerung.

HANDLUNGSFELDER

FÜR BREITERE VERWENDUNG VON REAL-WORLD-DATEN



Umgang mit

fehlenden Daten

Definition von

Standardisierung von

Vergleichsgruppen **Endpunkten**

Umgang mit

multimodalen

Festlegung von geeigneten

Interventionen

Umgang mit

Fragestellungen

Gleicher Zugang zur

Verzerrungen

Versorgung

Externe

Validität

Umsetzbarkeit

ÜBERSICHT ZU UKRAINISCH- UND RUSSISCH- SPRACHIGEN PSYCHOTHERAPEUTEN/-INNEN

- ➔ Hohe Nachfrage nach psychologischer Betreuung von Geflüchteten erwartet
- ➔ Karte mit ukrainisch- und russischsprachigen Psychotherapeuten/-innen über 100.000-mal aufgerufen

Über zwei Millionen Menschen sind vor Krieg und Gewalt aus der Ukraine geflüchtet, allen voran Frauen und Kinder. Oft benötigen sie neben medizinischer auch psychologische Hilfe nach der Aufnahme in Deutschland. Mit Blick auf die Verständigung ergibt sich eine nicht zu unterschätzende Sprachbarriere: Während bei der Behandlung von körperlichen Erkrankungen die Verständigung zum Beispiel über Dolmetscher/innen möglich ist, stellt die vertrauensvolle Verständigung bei Psychotherapeuten/-innen eine Herausforderung dar. Von den 17 Kassenärztlichen Vereinigungen, in denen die meisten Praxen organisiert sind, bieten 16 (alle außer Thüringen) eine Suche nach vorhandenen Sprachkenntnissen an. Da diese Informationen jedoch nur mühsam erreichbar sind, haben ZEW-Ökonomen/-innen eine leicht zugängliche und vereinfachte Übersicht aller Psychotherapeuten/-innen mit ukrainischen oder russischen Sprachkenntnissen in Kartenform aufbereitet und auf Google Maps bereitgestellt. Die Karte wurde im ersten Jahr über 100.000-mal geöffnet. Das Projekt zeigt somit, dass Daten zur medizinischen Versorgung nur dann einen Mehrwert entfalten können, wenn sie einfach zugänglich aufbereitet sind.

Neben dem direkten Nutzen für die vertriebenen Menschen gibt die Darstellung eine Übersicht über die regionale Verteilung der angegebenen Sprachkenntnisse. In den Verzeichnissen der Kassenärztlichen Vereinigungen sind insgesamt 659 psychotherapeutische Praxen mit entsprechenden Sprachkenntnissen gelistet. Am häufigsten ist dies in Mecklenburg-Vorpommern der Fall, am seltensten in Bayern.

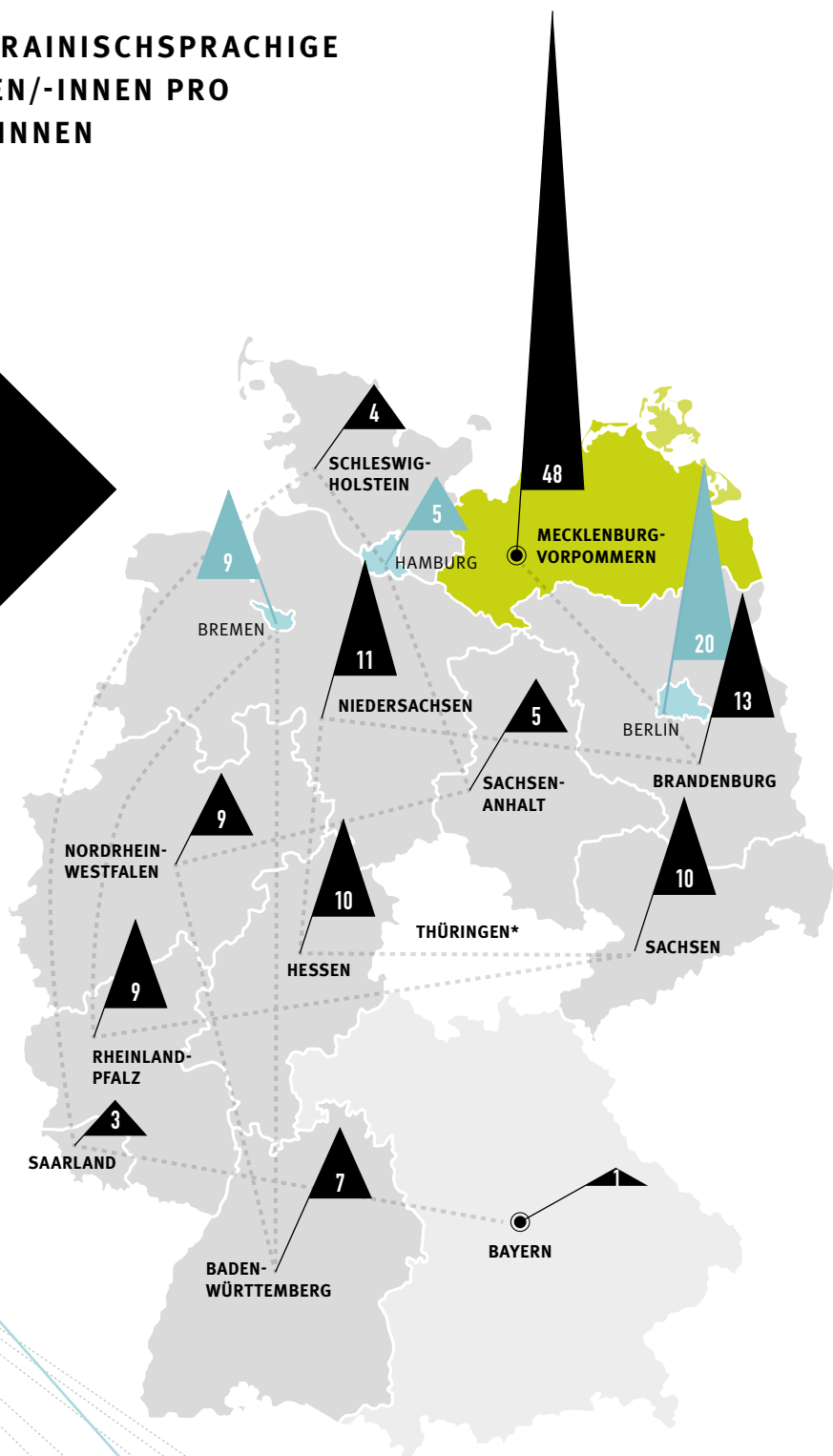
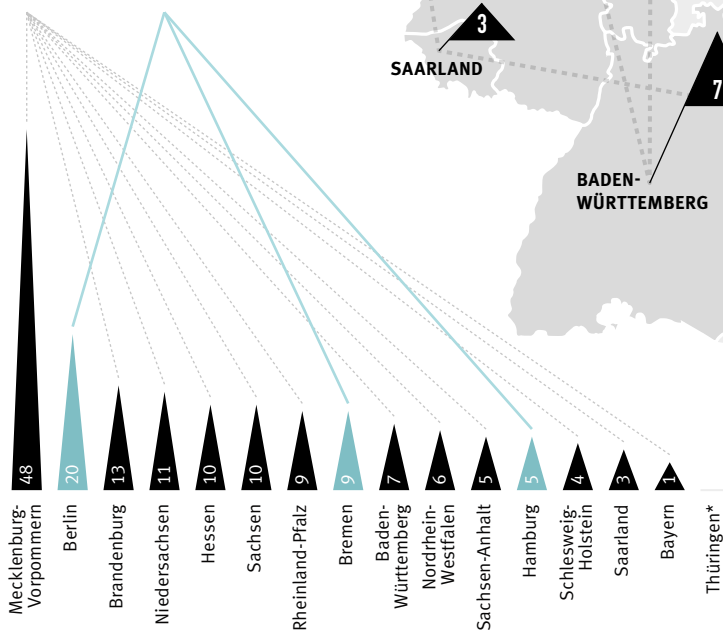
RUSSISCH- ODER UKRAINISCHSPRACHIGE PSYCHOTHERAPEUTEN/-INNEN PRO 1 MIO. EINWOHNER/INNEN

Google-Map

über 100.000-
mal aufgerufen

BUNDESLÄNDER

 Bundesland/
Flächenland
 Bundesland/
Stadtstaat
 * keine
Angaben



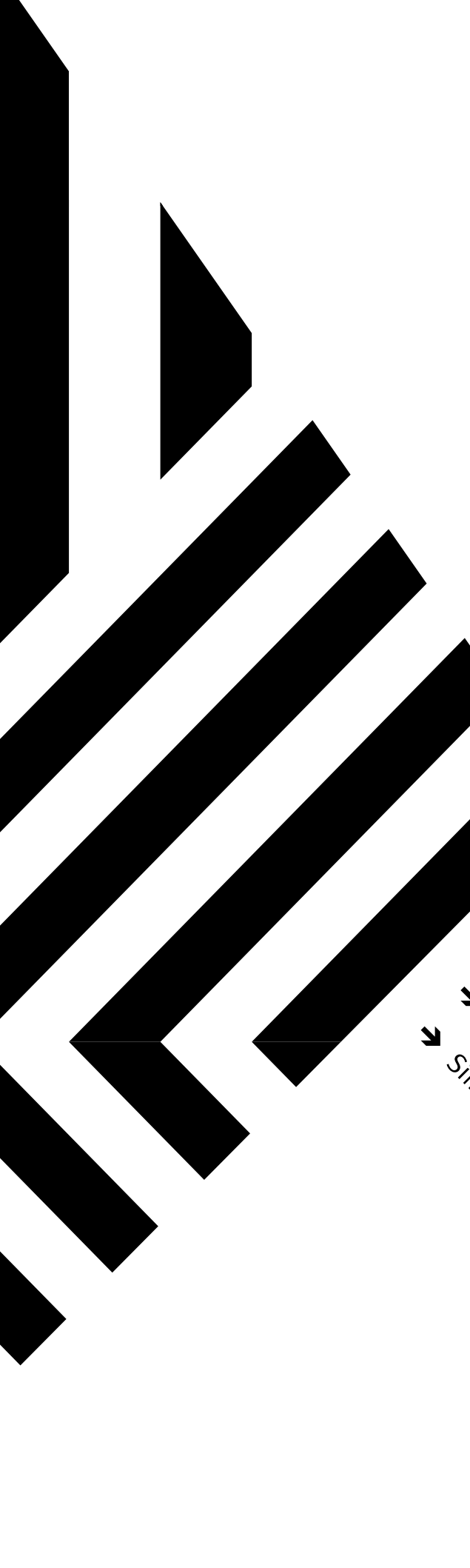
659

GELISTETE PSYCHOTHERAPEUTISCHE PRAXEN
(mit entsprechenden Sprachkenntnissen)

QUELLE: ZEW

UNGLEICHHEIT UND VERTEILUNGS- POLITIK





LEITUNG

→ Prof. Dr. Holger Stichnoth

STELLVERTRETUNG

→ Dr. Michaela Slotwinski

SCHWERPUNKTE

- Ungleichheit
- Steuer- und Sozialpolitik
- Lebenszyklus und Familie
- Simulationsmodelle



BERÜCKSICHTIGUNG STAATLICHER AUSGABEN ZEIGT: UNGLEICHHEIT GERINGER ALS ANGENOMMEN

- ➔ Aktuelle Literatur zu Ungleichheit berücksichtigt nicht-monetäre staatliche Leistungen nur auf Grundlage von Annahmen und umverteilungsneutral
- ➔ Die Einbeziehung ihrer tatsächlichen Nutzung zeigt, dass diese Leistungen Ungleichheit reduzieren

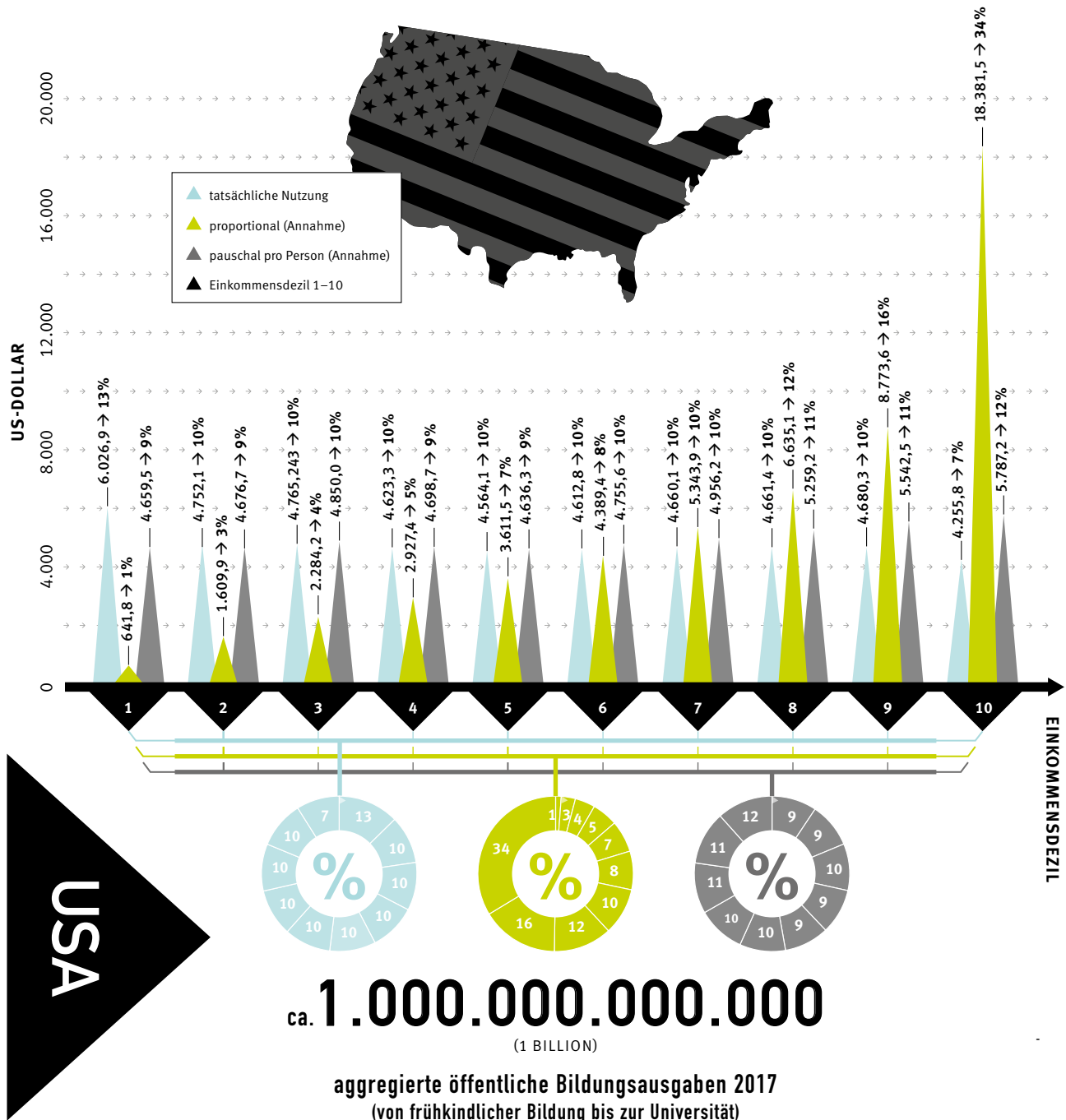
Die traditionellen Ansätze zur Messung von Ungleichheit berücksichtigen meist nur Geldeinkommen. Die aktuelle Forschung zu Distributional National Accounts geht darüber hinaus, indem sie Ungleichheitsmaße konstruiert, die konsistent mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Zuordnung aller staatlichen Ausgaben zu Haushalten und Personen. Während der Bezug von Geldleistungen, beispielsweise Kindergeld oder Wohngeld, einfach beobachtbar ist, ist dies für nicht-monetäre Leistungen (z. B. Bildung, Infrastruktur oder Verteidigung) nicht der Fall. Bisherige Studien treffen daher die Annahme, diese Leistungen seien proportional zu den Geldeinkommen verteilt. Dadurch werden umverteilende Wirkungen nicht-monetärer Leistungen von vornherein ausgeschlossen.

Aufbauend auf Befunden aus einem Politikberatungsprojekt (Forschung zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung) untersuchen ZEW-Wissenschaftler am Beispiel von staatlichen Bildungsausgaben in den USA die tatsächliche Verteilung der nicht-monetären Leistungen. Die Ergebnisse sprechen gegen die Annahme einer proportionalen Verteilung. Die staatlichen Bildungsausgaben sind, im Querschnitt eines Jahres, vielmehr über alle Einkommensgruppen weitgehend gleich verteilt. Überträgt man die hier für Bildung vorgelegten Ergebnisse auf sämtliche nicht-monetäre Leistungen und unterstellt generell eine Gleichverteilung, dann sinkt die Ungleichheit deutlich.

STUDIE

„Government Expenditure in the DINA Framework: Allocation Methods and Consequences for Post-Tax Income Inequality“
www.zew.de/PU83229

STAATLICHE BILDUNGSAusGABEN NACH EinkOMMEN: VERGLEICH VON ALLOKATIONSMETHODEN



Die Abbildung zeigt die Verteilung staatlicher Bildungsausgaben auf Einkommensezile für die USA im Jahr 2017. Die blauen Balken stellen die Befunde für die tatsächliche Nutzung von Bildung dar. Demgegenüber stehen die annahmebasierten Verteilungen proportional zum Geldeinkommen (in Grün) und als Pauschale pro Person (in Grau).

QUELLE: ZEW, eigene Berechnungen

WAS SIND DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WOHLFAHRTSSTAATEN IN DER EU?

➔ Horizon-Europe-Projekt „WeLaR“ mit starker ZEW-Beteiligung gestartet

Unter der Leitung der KU Leuven beteiligen sich die ZEW-Forschungseinheiten „Ungleichheit und Verteilungspolitik“, „Umwelt- und „Klimaökonomik“ sowie „Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen“ an einem internationalem Konsortium. Gemeinsam wird das Ziel verfolgt, Herausforderungen für die Wohlfahrtsstaaten in der EU aufzuzeigen und Lösungsräume zu erarbeiten. Der Fokus liegt auf vier Megatrends – technologischer Wandel, Globalisierung, Klimaerwärmung und demografischer Wandel. Diese beeinflussen Arbeitsmärkte und Gesellschaften und stellen die Sozialstaaten in der EU vor neue Herausforderungen. WeLaR (Welfare Systems and Labour Market Policies for Economic and Social Resilience in Europe) zielt darauf ab, Wissenslücken über diese Entwicklungen zu schließen, indem zwei Hauptziele verfolgt werden: erstens, eine umfassende und vergleichende Diagnose der Auswirkungen von Megatrends auf Arbeitsmarktrisiken und Herausforderungen für Wohlfahrtsstaaten; zweitens, die Entwicklung von Politikempfehlungen zur Anpassung der Wohlfahrtsstaaten. Dabei stehen speziell Gruppen im Fokus, die häufig mit höheren Arbeitsmarktrisiken konfrontiert sind: Frauen, junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen oder Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit in Armut leben.

Bei der Entwicklung von Politikvorschlägen verfolgt das Projekt einen interdisziplinären Ansatz, der quantitative und qualitativen Methoden kombiniert und eine länderübergreifende Perspektive einnimmt. Um die Relevanz der politischen Ideen zu gewährleisten, werden ausführliche Konsultationen und Feedbackschleifen mit Interessengruppen eingeführt, die die quantitativen und qualitativen Studien ergänzen und validieren. Das Projekt dient dem ZEW zur Vernetzung auf EU-Ebene und legt wichtige Grundlagen für zukünftige wissenschaftliche Beratungsprojekte.

LINK

www.projectwelar.eu/

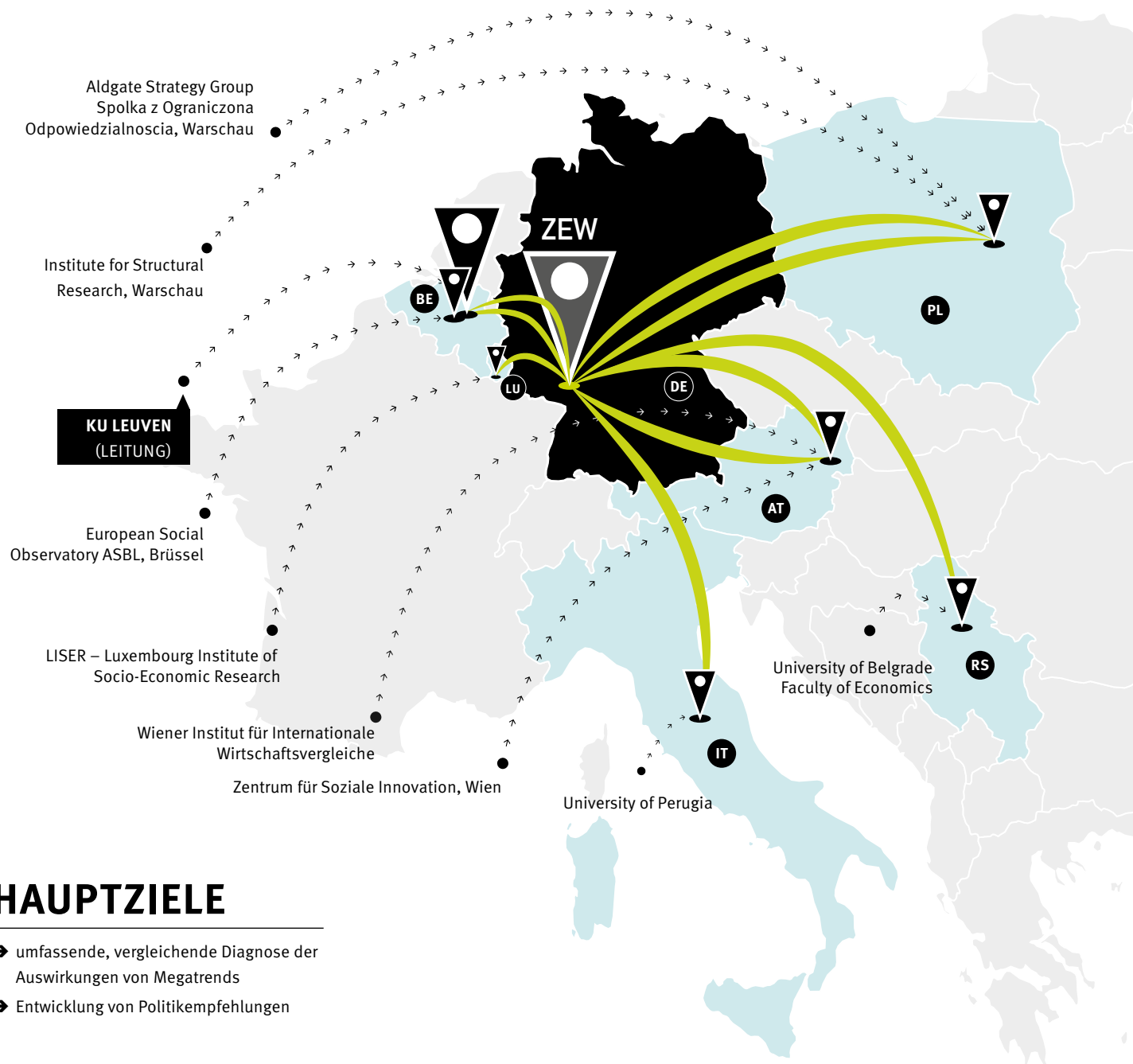
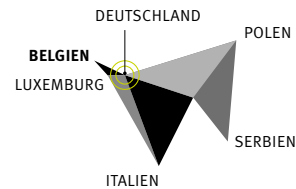
„WeLaR“

WELFARE SYSTEMS AND LABOUR MARKET POLICIES FOR
ECONOMIC AND SOCIAL RESILIENCE IN EUROPE

FOKUS MEGATRENDS

- ▲ technologischer Wandel
- ▲ Globalisierung
- ▲ Klimaerwärmung
- ▲ demografischer Wandel

BETEILIGTE LÄNDER IN DER EU



HAUPTZIELE

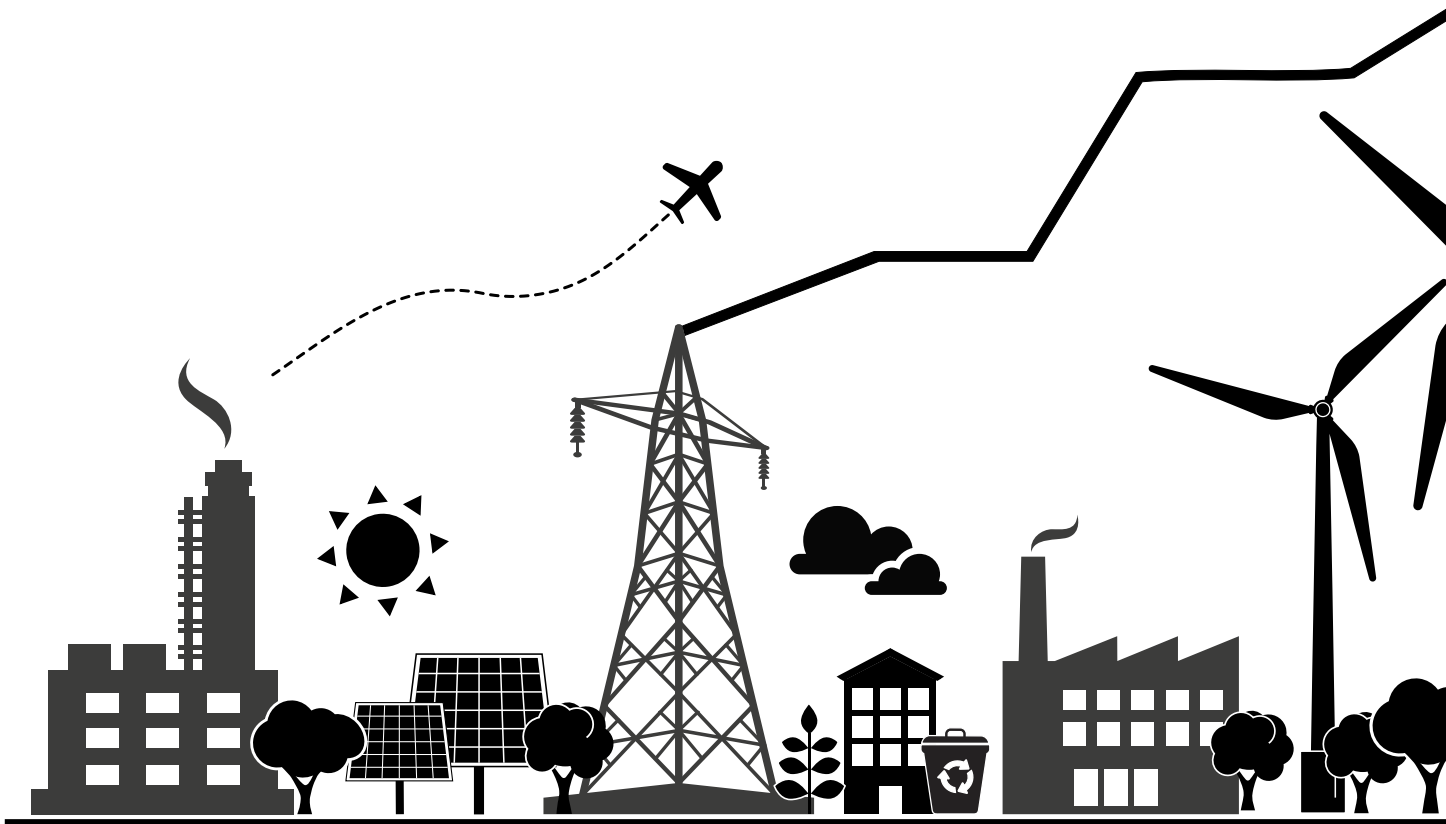
- umfassende, vergleichende Diagnose der Auswirkungen von Megatrends
- Entwicklung von Politikempfehlungen

VERLAG HERDER | ACHIM WAMBACH

KLIMA MUSS SICH LOHNEN.

ÖKONOMISCHE VERNUNFT FÜR EIN GUTES GEWISSEN.

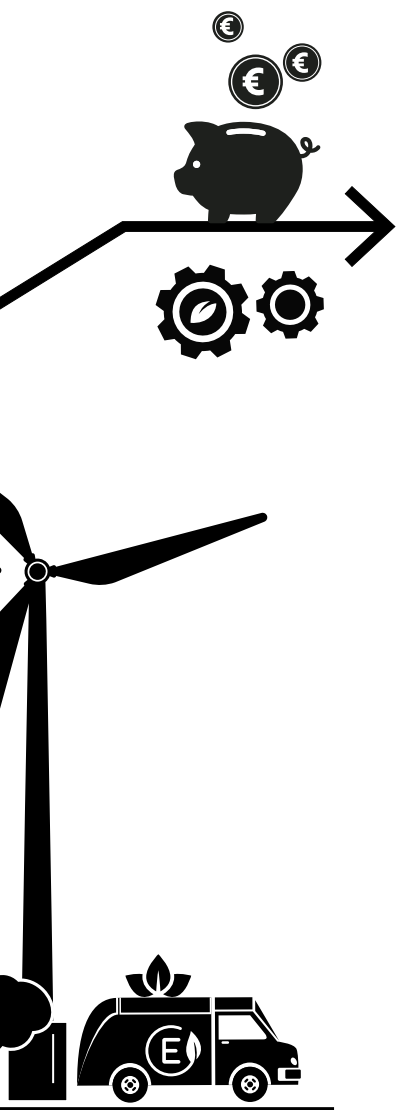
- Ein Leitfaden für die sozial-
ökologische Marktwirtschaft
- Beleuchtet die aktuelle
Debatte um Energieversorgung
und Klimaneutralität





EIN ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHER KOMPASS

WIE MAN WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ VERBINDET



Achim Wambach analysiert die unterschiedlichen Maßnahmen der Klimapolitik und die Marktmechanismen, die dahinter wirken – manchmal gegenteilig oder ganz anders als von der Politik beabsichtigt oder den Verbrauchern erwartet. Dabei kommt er zu überraschenden Ergebnissen, zum Beispiel: Solaranlagen können wirtschaftlich sinnvoll sein, nicht aber klimapolitisch. Und der Bezug von Ökostrom bewirkt keinen CO₂-Rückgang, weniger Autofahren hingegen schon, zumindest aktuell noch. Der ZEW-Präsident macht deutlich, dass der Klimaschutz umgestellt werden muss: weniger moralische Appelle an den Einzelnen und das schlechte Gewissen, dafür bessere politische Rahmenbedingungen und mehr Vertrauen in Marktmechanismen. Es muss sich eben lohnen, sich klimafreundlich zu verhalten.

STIMMEN ZUM BUCH.

» Die Aufgabe, die vor uns liegt ist, gewaltig: Für die Jahrhundertaufgabe der ökologischen Transformation sind die nächsten 10 Jahre entscheidend. Dazu müssen wir alle Lebensbereiche neu denken. Achim Wambachs Buch regt dazu an. Früher haben wir gesagt: Wir wollen Ökologie und Ökonomie versöhnen. Heute sind wir einen Schritt weiter. Wir wissen, dass Ökologie selbst der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg ist.

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident Baden-Württemberg

» Dieses Buch analysiert auf allen Ebenen, welche Maßnahmen wirken, und räumt mit Missverständnissen auf. Für einen klaren Blick auf eine komplizierte Gemengelage.

Klaus Müller
Präsident der Bundesnetzagentur

IMPRESSUM.

ZEW JAHRESBERICHT 2022

27. Jahrgang · ISSN 1434-4424

© ZEW, Mai 2023

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist
nur mit Genehmigung des ZEW gestattet.

HERAUSGEBER

ZEW – Leibniz-Zentrum für
Europäische Wirtschafts-
forschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim
www.zew.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Prof. Achim Wambach, PhD
Präsident
Thomas Kohl
Kaufmännischer Direktor

REDAKTION | KOORDINATION

Sarah Tiedemann, Dr. Daniela Heimberger

REDAKTION INFOGRAFIK & DOSSIER

Dr. Frank Herkenhoff

ART DIRECTION

Janin Villhauer

DESIGNKONZEPT | UMSETZUNG

Yvonne Lupp

KONZEPT INFOGRAFIKEN | UMSETZUNG

Simone Mann

DESIGNSUPPORT

Dirk Aschemann

FOTOGRAFIE | RETUSCHE

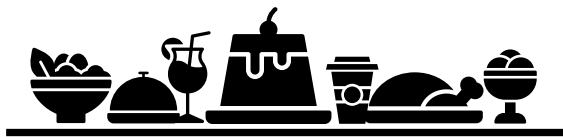
Anna Logue Fotografie
www.annalogue.de

DRUCK

APPEL & KLINGER DRUCK
www.ak-druck-medien.de

BILDNACHWEIS

stock.adobe.com:
S. 30: Sascha Szidat;
S. 33: nito; S. 36: Marcio



WILLKOMMEN IM L7 BISTRO!

Im November 2022 hat das L7-Bistro am ZEW-Gebäude seine Pforten geöffnet – mit gesunder, regionaler und frischer Küche in modernem Ambiente. Das Angebot richtet sich an die ZEW-Mitarbeitenden, steht aber auch Gästen offen, die nicht am Institut arbeiten.

In der Mittagszeit haben Sie die Wahl aus einer täglich wechselnden Karte an veganen, vegetarischen und Fleischgerichten.

Daneben bietet das Bistro leckere Kaffeespezialitäten sowie eine ruhige Atmosphäre, die sich ideal für Gespräche mit Kollegen/-innen und Gästen oder zum Entspannen zwischendurch eignet.

Einmal im Monat hat man zudem die Möglichkeit, den Arbeitstag bei einem attraktiven After-Work-Angebot ausklingen zu lassen.

**DAS BISTRO-TEAM FREUT SICH ÜBER
IHREN BESUCH.**



Sebastian Biehler
Catering - Messen - Events
Veranstaltungsplanung

WEITERE INFOS:

[HTTPS://SEBASTIAN-BIEHLER.JIMDOSITE.COM/L-7-BISTRO](https://sebastian-biehler.jimdosite.com/L-7-BISTRO)





HINWEIS.

Eine umfassende Übersicht über die Forschungsleistung und Vernetzung des ZEW 2022 finden Sie unter:

www.zew.de/dokujahresbericht22



→ Das ZEW legt großen Wert auf Nachhaltigkeit. Dieser Jahresbericht ist deshalb auf 100% Recycling-Papier gedruckt, das ohne Deinking und optische Aufheller CO₂-neutral verarbeitet wurde. Druck und Weiterverarbeitung wurden CO₂-kompensiert.

